Biedermänner & Brandstifter



derrechterand

Das Antifaschistische Magazin

Ausgabe 187 November / Dezember 2020 31. Jahrgang 3,50 Euro

Inhalt und Editorial

Titelbild »Biedermänner & Brandstifter« Photo: Mark Mühlhaus / attenzione

Liebe Leser*innen,
in den letzten beiden Jahren waren wir selten optimistisch und auch 2020 war ein Jahr mit rechtem Terror, neofaschistischer Mobilisierung und Neonazis in Uniform. Die zehn Toten des Anschlags von Hanau, der offene Schulterschluss der Corona-Leugner*innen am rechten Rand und die NSU- 2.0-Morddrohungen, mutmaßlich geschrieben auf Polizeitastaturen, sind Grund genug zur Sorge.
Doch was uns hoffen lässt, sind die Zeichen von Solidarität und antifaschistischem Widerstand. »Alle zusammen gegen den Faschismus« lautet die Devise – diese hat eine zweite Amtszeit von Trump verhindert und in Thüringen einen Ministerpräsidenten von Höckes Gnaden. Niemand kann mehr sagen, die »Alternative für Deutschland« sei eine Protestpartei. Nachdem sogar der Verfassungsschutz mit fünf Jahren Verspätung verstanden hat, dass die Partei von Neofaschist*innen durchsetzt ist, die sich einen rassistischen und autoritären Umsturz wünscht, kann selbst in der Union kaum jemand mehr öffentlich noch weiter nach rechts schielen. Und Bundesinnenminister Horst Seehofer: Der muss mittlerweile einräumen, dass der Rechtsterrorismus die größte Bedrohung in Deutschland ist.
Doch neben bewaffneten Neonazis werden die »Staatsdiener« in Uniform selbst immer mehr zur eigentlichen Gefahr. Wenn der Bundesinnenminister meint, es dürfe keine Studie zu »Racial Profiling« in der Polizei geben, weil diese »ihren Kopf für uns« hinhalten, dann offenbart dies ein altbekanntes Dilemma mit dem und im System. Polizeigewalt, Rassismus und rechte Geheimorganisationen im Staatsapparat werden von den Verantwortlichen so lang geleugnet, bis es nicht mehr geht. Auch die Gerichte machen dabei keine gute Figur und lassen Milde walten, wo Klarheit angesagt wäre. Das Ergebnis sind viral gewordene extrem rechte Eigenleben nicht nur in der Polizei, sondern auch in der Bundeswehr, der Reserve und dem Kommando Spezialkräfte in einem Umfang, wie sie zuvor nur in der Bundesrepublik des Kalten Krieges bekannt waren.
Bis in diese Zeit reichen gleichsam die Verstrickungen der »Biedermänner und Brandstifter« des Verfassungsschutzes mit alten und neuen Nazis zurück. Die Historie des nunmehr vor 70 Jahren gegründeten Bundesamtes wie auch der Landesämter für Verfassungsschutz ist eine Geschichte von Skandalen, die ihresgleichen sucht. Dass der Geheimdienst trotz Sprengstoffanschlägen von V-Leuten, Versagen beim Oktoberfestattentat 1980 sowie Wegschauen oder gar mutmaßlichen Mitwisser*innen beim NSU-Terror immer noch nicht abgeschafft wurde, ist für uns Anlass genug, das Eigenleben dieser Behörden unter die Lupe zu nehmen.
Während dieses Jubiläum Grund zum Kopfschütteln bereitet, bringt uns ein anderer Geburtstag dagegen viel Freude: Die Antifa wird 100 Jahre. 1921 in Nord-Italien gegründet, kämpften die »Arditi del Popolo« – »das mutige Volk« – als erste Antifaschist*innen gegen faschistische Banden. In diesem Sinne: Kommt gut ins neue Jahr!



Lieber Humanität

von Andreas Speit

Die Angriffe kamen mit Ansagen. Eine „Kulturrevolution von rechts“ forcieren die verschiedensten Akteur*innen seit Jahrzehnten. Die massiven Anfeindungen richten sich gegen Künstler*innen aus dem engerem Kunst-Spektrum von Ausstellungen über Konzerte und Literatur bis Theater. Dekadenz und Diversität werden beklagt und bejammert. Denn Kunst soll eine nationale Identität für eine homogenen Gemeinschaft bilden. Eine Kunst-Kritik, die mit einen Lifestyle-Kritik einhergeht. Dieser Ansturm trifft vor allem Kunstschaffende die andere Werte als neue Option auf die Bühne oder an die Wände bringen, in Romanen oder Songs fassen. Doch gemeint sind alle, die ohne große Öffentlichkeit, die strenge Formen und homogene Ideale ästhetische und politische belächeln – und brechen.
Das laute Gejammer von rechts ist nachvollziehbar. In seinem Longseller „Kulturrevolution von rechts“ ruft Alain de Benoist nicht bloß zur Kampf im vorpolitischen Terrain auf, er markiert auch den Hautfeind: den Liberalismus als Lebensmentalität. Just in jene Raum zwischen Kunst und Lifestyle haben sie viel Raum verloren. Romeo und Julia nackt auf der Bühne, wenn schockiert dass noch? Mann oder Frau, wenn interessiert das jetzt? Bitte nicht falsch verstehen. Die Sittenwächter*innen, Anstandshalter*innen und Hasser*innen sind da - sie verletzen viele und beschränken noch viele mehr. In der Geschichte dieses Kaltlandes war dieses Land jedoch noch nie so liberal und libertär. Eine Ambivalenz mit der Inklusion der Abwertung von „Minderheiten“ und der Abschottung gegen „Flüchtlingsgruppen“.
Mit künstlerischen Mittel wurden seit der 68-Bewegung die bestehenden Verhältnisse jedoch zum Tanzen gebracht, Freiräume erkämpft. Die Diktion von Theodor W. Adorno „es gibt kein richtiges Leben im falschen“ gilt. Blumfelds Zeile „Offen gesagt haben wir vor, weiter zu machen (...) in Sachen Selbstverwirklichung offensichtlich halten welche nicht soviel davon wie wir“, ist weiterhin virulent.
Ein selbstbestimmtes Ich, ein selbstzusammengesuchtes Wir jenseits von Herkunft, Abstammung, Gender und Religion: Das ist rechte Apokalypse, die bei dem AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen beim Motiv weg zu wollen von dem „links-rot-grün-versifften 68er-Deutschland“ durchklingt. Ihre apokalyptischen Reiter*innen versuchte die AfD-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt auch durch das Streichen von Kulturförderungen für Theater zu stoppen. In Hamburg wollte die AfD-Bürgerschaftsfraktion eine Auftritt von Slime unterbinden. Erfolge erzielten die Rechte jedoch nur, wo betroffene Angefeindete zurück wichen. Vor zwei Jahren zog die Stiftung Bauhaus Dessau eine Zusage für ein Konzert von Feine Sahne Fischfilet wegen rechten Protesten zurück. Ein Pyrrhussieg, wenige Wochen später startete die Kampagne „Erklärung der Vielen“ für Kunstfreiheit und gegen völkisch-nationale Kultur.
Jene Kultur des Eigenen besingen die Götz Kubitscheks und Ellen Kositza um das Institut für Staatspolitik im Chor. Und rezipieren encore das ewige rechte Credo der Klassik gegen die Moderne. Im Wilhelminismus fühlten sich schon rechte Publizisten berufen Dichter der Klassik und Romantik auf rechte Töne zu reduzieren. In dem völkischen Klassiker „Rembrandt als Erzieher“ führte August Julius Langbehn aus, dass Friedrich Schiller nicht „den Menschen“, sondern „den deutschen Menschen“ erzielen wollte. Und Johann Wolfgang Goethe mit einbeziehend schrieb der Philosoph 1890, das „ihre (...) Tätigkeit im Wesentlichen eine nationale, (...), deutsche war“. Die Reduktion wird nur den Reduzierenden gerecht. „Deutschland! Aber wo liegt es?“ hatte Johann Wolfgang Goethe und Friedrich Schiller 1796 gefragt und ihren Leser*innen vorgeschlagen lieber Humanität als Nationalismus zu wählen. Diese Option zu ignorieren, resultiert aus eines ihre Dilemmata. Ihnen fehlt renommiertes Personal aus dem eigenem Milieu – einst wie jetzt, von 18. bis 20. Jahrhundert. Wer rezipiert über ihre Szene hinaus Hans Moritz Arndt ohne kritischen Kontextualisierung? Wer Wilhelm Vesper? Wer Ernst Jünger? Ihre eigenen Autor*innen haben gegenwärtig kaum politische Relevanz jenseits ihrer selbst, nicht auf den Bühnen, nicht in der Literatur und nicht im Feuilleton. Die Selbstidealisierung, inklusive gezeichnete Konterfei, bestätig nur die Selbstidealisierung. Ihre ästhetischen Formen und politischen Inhalte von Heroismus und Sezession oder Naturalismus und Nationalismus sind kaum en vogue. Innovativ, kreativ? Selbst die „metapolitische Avantgarde“, die Identitäre Bewegung erfand keine Aktion und Ästhetik, sie kopierte bloß. Einer ihrer Rap-Stars Chris Ares ist derweil schon verglüht.
Das Verhältnisse kippen können, zeigt die deutsche Geschichte. Anfang der 30er Jahre lief die Party in der künstlerischem Boheme noch, alle lässig, alles cool, alles quer. Im Musical Cabaret wird der Kipping-Point vorgeführt, wen die Protagonistin im damalige Berlin auf der Bühne mit Sex spielend Songs vorträgt und im Keller bereits SA-Männer ihre Opfer zusammenschlagen. Die Geschichte belegte ebenso, erst mit dem Kippen der gesellschaftlichen Mitte kippen die Verhältnisse.
Im aktuellen Diskurs muss den auch Literarten wie Botho Strauß oder Satirikerin wie Lise Eckardt ihre rechten Ressentiments vorgehalten werden. Sie werden breit gelesen und gehört. Mit aus einem Grund, sie haben keine extrem rechte Bio. Dass ist ihr Alibi nicht ihre Oeuvre. Der Wandel beginnt wenn die Intellektuellen aus Trotz einer Barbarei huldigen oder aus Lust eine Antihumanität kultivieren, warnte Hannah Arendt. In ihrer Kritik haben sich unlängst Uwe Tellkamp oder Monika Marone verrannt. Sie alle stört, das Kritik auf ihrer Kritik erfolgt. Schnell wird sie – auch in Feuilletons - als cancel culture abgewehrt, um sich der Debatte entziehen. Vielleicht bring es Neonschwarz kurz und klar of the Point: „will dir nichts verbieten, will nur sagen das du scheiße bist“. Im Cabaret sitzen die Quere-Kunst-Group irgendwann in einer Ausflugslokal, ein Junge mit HJ-Uniform stimmt „Der morgige Tag ist mein“ an, am Ende stehen die Gemeinschaft“ stramm. Die Group ist irritiert. Heute kommt von hier nicht bloß Gegenwehr mit Mitteln der Kunst, es wird mit ihnen auch stärker angegriffen.



Helmut Roewer

VS-Chef in Thüringen von 1994 bis 2000, bezahlte Nazis wie Tino Brandt mit über 200.000 DM und förderte so den Aufbau der Neonaziszene wie den NSU. Unter seiner Führung hat der Verfassungsschutz über den damaligen Thüringer Oppositionsführer Bodo Ramelow von 1996 bis 1999 eine umfangreiche Materialsammlung angelegt. Dies wurde später vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig befunden. Roewer veröffentlicht Bücher in rechten Verlagen wie »Kopp« und »Ares«-Verlag, referierte unter anderem bei der AfD und ist Stammschreiber und Referent des »Compact«-Magazins, das seit März 2020 vom VS selbst als Verdachtsfall geführt wird …



Hans-Georg Maaßen

2012 bis zur seiner Entlassung 2018 Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz …

*Der Jurist promovierte zu »Die Rechtsstellung des Asylbewerbers im Völkerrecht« und hat sich im Innenministerium auf verschiedenen Ebenen mit »Ausländerrecht« beschäftigt. In seine Amtszeit als Präsident fällt das behördliche Versagen im Vorfeld des dschihadistischen Anschlags auf den Breitscheidplatz. Maaßen soll Informationen an Politiker*innen der AfD durchgesteckt haben. Er zweifelte öffentlichkeitswirksam ein Video der rassistischen Hetzjagd im September 2018 in Chemnitz an und witterte sogar eine Verschwörung. Auch fantasierte er von »linksradikalen Kräften« bei der SPD. Er ist Mitglied der »Werteunion«. Seit 2019 ist er bei der Kanzlei von Ralf Höcker. Auf Twitter ergreift Maaßen regelmäßig Partei für rechte Äußerungen und Vorgänge.*



#Verfassungsschutz

70 Jahre sind genug!

von Maximilian Fuhrmann

Fast hätte es geklappt mit der Rente mit 63. Im Bericht zum NSU-Untersuchungsausschuss 2013 kamen alle Fraktionen des Bundestags zu dem Schluss, »die Gefahr von Rechtsterrorismus« sei »von den Verfassungsschutzbehörden völlig falsch eingeschätzt« worden. Die Linke forderte in einem Sondervotum die Abschaffung der entsprechenden Behörden, die Grünen deren Auflösung und Neustrukturierung. Es kam jedoch anders. Die Behörde wird dieses Jahr 70 und ist immer noch nicht in den Ruhestand entlassen. Im Gegenteil: Mit immer mehr Mitteln, Personal und Kompetenzen wird versucht, sie am Leben zu halten. Allein von 2017 bis 2020 stieg der Etat des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) von 307 auf 467 Millionen Euro. Der Personalbestand hat sich seit 2000 fast verdoppelt. Warum die Behörde nicht reformierbar ist, zeigt ein Blick in die Geschichte.

Am 7. November 1950 wurde das BfV gegründet. In den Folgejahren zogen die Bundesländer nach und unterhielten je eine Behörde, die ebenso wie das BfV dem Innenministerium unterstellt ist. Die Verfassungsschutzbehörden sollen das »Frühwarnsystem« im Demokratieschutzkonzept der Bundesrepublik sein. Ihnen obliegt die Sammlung von Informationen über Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (fdGO) und den Bestand des Bundes oder der Länder. Die Vorbehalte gegenüber der Wiedererrichtung eines deutschen Geheimdienstes waren groß. Die Alliierten verfügten, der Verfassungsschutz sollte keine polizeilichen Befugnisse haben und auch durch die Namensgebung sollte ein deutlicher Trennstrich zur »Geheimen Staatspolizei« (Gestapo) gezogen werden. Umstritten war die Auswahl des verantwortlichen Personals. Die Briten legten gegen mehrere Vorschläge der Bundesregierung ihr Veto ein und setzten mit Otto John einen der Verschwörer vom 20. Juli als Präsident des BfV durch.

Gelernt ist gelernt

In den Anfangsjahren war etwa ein Drittel der Mitarbeiter ehemalige NSDAP-Mitglieder – etwas weniger als in anderen Behörden. Deutlich mehr NS-Belastete wurden als freie Mitarbeiter eingestellt und nach der weitgehenden staatlichen Souveränität der BRD 1955 fest übernommen. Unter ihnen waren viele ehemalige SS-, Gestapo- und SD-Angehörige, wie ein Forschungsprojekt der Historiker Michael Walla und Constantin Goschler zeigt.

Dieses Personal war geübt im Kampf gegen den Kommunismus und setzte diesen in der BRD fort. Weit weniger Aufmerksamkeit wurde dem Fortleben des Nationalsozialismus in der jungen Demokratie zuteil. Maßnahmen erfolgten meist auf Druck aus dem Ausland. Kurz nach der antisemitischen Schmierwelle 1959/1960 veröffentlichte das BfV seinen ersten Bericht. Er war auf Englisch verfasst und verfolgte das Ziel, die vermeintlich übertriebenen Darstellungen des Auslands über das Ausmaß des Antisemitismus zu korrigieren. Im Folgebericht, seitdem auf Deutsch veröffentlicht, zeigte man sich zufrieden, »irrige Vorstellungen über Ausmaß und Einfluß dieser [rechtsradikalen; Anm. d. Autors] Kräfte« berichtigt zu haben. Laut BfV waren die meisten Täter »Affekt- und Rauschtäter«, »geisteskranke Sektierer« oder »strafunmündige Kinder«. Die Relativierung rechter Gewalt und die Ausrichtung auf den Kampf gegen den Kommunismus entsprachen der Staatsraison der jungen BRD. Demokratieschutz bedeutete in erster Linie, den Staat und seine Institutionen zu schützen. Der von 1953 bis 1961 amtierende Innenminister Gerhard Schröder (CDU) sah die Hauptaufgabe des Verfassungsschutzes (VS) in der Staatssicherheit und prognostizierte: »Ich denke, daß wir eines Tages getrost zu diesem Namen zurückkehren können.« Das wäre konsequent und ehrlich gewesen.

Ein Jahr nach dem offiziellen Bekanntwerden des NSU demonstrierten in Berlin 4.000 Menschen unter dem Motto »In Gedenken an die Opfer des NSU – Das Problem heißt Rassismus! Schluss mit der Vertuschung!«

Plötzlich wichtig

Tiefgreifende Veränderungen erlebte die Behörde Anfang der 1970er Jahre. Die meisten direkt NS-Belasteten schieden altersbedingt aus dem Dienst. Da sie aber maßgeblich für die Rekrutierung des eigenen Nachwuchses verantwortlich waren, kann davon ausgegangen werden, dass sich die Haltung der 1950er Jahre innerhalb der Behörde konservierte. Mit dem Radikalenerlass 1972 wuchs die gesellschaftliche Relevanz des Verfassungsschutzes sprunghaft an. Denn um zu überprüfen, ob der öffentliche Dienst von Demokratiefeinden unterwandert werde, sollten alle Bewerber*innen durch eine Regelanfrage beim zuständigen Amt für Verfassungsschutz überprüft werden. Um diese Aufgabe zu bewältigen wurden Etat und Anzahl der Mitarbeiter*innen innerhalb weniger Jahre verdoppelt. Zudem gewannen die jährlichen Berichte des VS an Bedeutung. Sie zeigten an, von welchen Organisationen sich potentielle Staatsbedienstete lieber fernhalten sollten und beeinflussten das politische Handeln. Parallel dazu führten die Ämter den Extremismusbegriff ein. Da der Begriff politisch unvorbelastet war, eignete er sich als Abgrenzungsbegriff für alle, auch völlig unterschiedliche, Bestrebungen gegen die fdGO. So konnten auch die undogmatischen und moskaukritischen Teile der Neuen Linken weiterhin als antidemokratisch ausgegrenzt werden. Der Antikommunismus wandelte sich zu einem Anti-Linksextremismus. Diese Feindbestimmung des VS wurde durch die Extremismusforschung mit wissenschaftlichen Weihen versehen und dadurch weiter stabilisiert. Durch diese Entwicklungen wurde der VS zu einem Akteur, dem die Deutungshoheit über die Grenze der Demokratie zugeschrieben wird, und dessen Einschätzungen in Politik, Medien und politischem Alltag bis heute als Gradmesser für Demokratietauglichkeit gelten.

Verfassungsschutz nach dem NSU

Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde kurzzeitig die Abschaffung des VS diskutiert. Stattdessen bekamen auch die ostdeutschen Bundesländer eigene Landesämter; meist geführt von B- und C-Personal aus dem Westen. Seit Jahren werden Stimmen laut, die fordern, die Ämter müssten sich öffnen, transparenter werden und vermehrt auf Personal setzen, das Impulse jenseits juristischer Ausbildung mitbringt. Punktuell sind solche Entwicklungen erkennbar. Thüringen ist neben dem Saarland das einzige Bundesland, das den Etat seines Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) seit der Selbstenttarnung des NSU nicht aufgestockt hat. Stattdessen setzte die rot-rot-grüne Landesregierung Ende 2015 mit Stefan Kramer einen Sozialpädagogen und ausgewiesenen Kritiker der Behörde an deren Spitze. Kramer gab dem Amt ein anderes Image und verzichtete weitgehend auf den Einsatz von V-Leuten. Obwohl er teilweise mit dem alten Personal arbeitet, ist der Unterschied zu jenem Landesamt erkennbar, das den »Thüringer Heimatschutz« mit aufgebaut hat, die Informationen über den NSU nicht genutzt hat und somit für die NSU-Mordserie mitverantwortlich ist. Doch mittlerweile fordert auch Kramer mehr Geld und Kompetenzen für seine Behörde und warnte kürzlich vor Linksterrorismus in Thüringen.

Nach zahlreichen Ausschreitungen rechter Gruppen im Spätsommer 2018 in Chemnitz und Demonstrationen, auf denen die »Alternative für Deutschland« (AfD) den Schulterschluss mit diesen Gruppen suchte, stufte das LfV Thüringen die Partei als Prüffall ein. Im Januar 2019 zog das BfV nach und stufte außerdem die AfD-Gruppierungen »Der Flügel« und die »Junge Alternative« als Verdachtsfälle ein. Durch die Einstufung als Verdachtsfall ist eine Überwachung mit nachrichtendienstlichen Mitteln erlaubt. Die Maßnahmen führten zu einer pro-forma-Auflösung von »Der Flügel« und internen Auseinandersetzungen in der AfD. Der Kurswechsel des BfV steht in direktem Zusammenhang mit dem Ausscheiden seines ehemaligen Präsidenten, Hans-Georg Maaßen. Maaßen spielte das Ausmaß der Ausschreitungen herunter und vermutete gezielte Falschnachrichten, ohne dies belegen zu können. Nach seiner angekündigten Versetzung ins Innenministerium fabulierte er über linksradikale Kräfte in der SPD, frei erfundene Taten und gezielte Medienmanipulation. Daraufhin wurde Maaßen in den Ruhestand geschickt. Seitdem ist er in der »Werteunion« aktiv und stellt seine Sympathien für die Politik der AfD offen zur Schau. Deren Co-Vorsitzende Alice Weidel hat wohl recht, wenn sie sagt, mit Maaßen wären die schärferen Maßnahmen gegen die AfD nicht möglich gewesen.

#VSabschaffen

Mit den personellen Veränderungen richtet der Verfassungsschutz seinen Blick stärker auf die AfD und Einrichtungen der »Neuen Rechten« wie zum Beispiel das »Institut für Staatspolitik«. In Anbetracht des gesellschaftlichen Rechtsrucks, der stark gestiegenen Übergriffe seit 2015, der guten Vernetzung der »Neuen Rechten«, der Etablierung einer völkisch-nationalistischen Partei und regelmäßiger Berichte über rechte Gruppen, die Waffen horten und Anschläge planen, handelt der VS viel zu spät. Durch das lange Zögern gegenüber der AfD hat der Geheimdienst zur Legitimierung der Partei beigetragen. So lange sie nicht als Prüf- oder Verdachtsfall eingestuft wurde, galt sie als eine demokratische Partei wie jede andere. Dieser Freibrief hat den Aufstieg der AfD befördert. Der VS ist kein Frühwarnsystem. Er hinkt mit seiner Analyse der Wissenschaft, Zivilgesellschaft, kritischem Journalismus und antifaschistischen Rechercheteams weit hinterher. Diese Institutionen haben frühzeitig gewarnt, doch ihren Analysen hat der VS keine neuen Erkenntnisse hinzugefügt.

Angenommen, der Verfassungsschutz demokratisiert sich weiter, das Personal wird weitgehend ausgetauscht und die neuen Mitarbeiter*innen wollen den Kampf gegen völkisch-nationalistische Ideologien aufnehmen anstatt ihn zu sabotieren, bleibt er eine Behörde im Institutionengefüge der wehrhaften Demokratie, die auch dann ein Demokratieschutzkonzept verfolgt, das vorrangig den Staat schützt. Ein Konzept, dem staatskritische Linke sehr viel schneller suspekt sind als demokratiefeindliche rechte Gruppen. Diese Gruppen gelten erst dann als Gefahr, wenn sie staatliche Strukturen und Institutionen in Frage stellen. Die wehrhafte Demokratie basiert auf historischen Mythen, wie der angeblich wehrlosen Weimarer Republik, die durch ihre Feinde von rechts und links zerrieben wurde. Der Staatsschutzgedanke ist in zahlreiche Gesetze eingeflossen und durch die Extremismusforschung wird die staatliche Feinderklärung in etlichen Universitäten gelehrt. Die Ämter für Verfassungsschutz sind wichtige Bausteine in diesem Gefüge, sie abzuschaffen wäre ein erster und wichtiger Schritt. Der Weg zu einer Demokratie, in der politische und soziale Grundrechte als höchstes Schutzgut gelten, bliebe aber auch dann noch weit.

#Skandale

Gesetz des Schweigens

»Die Beamten können nicht den ganzen Tag mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen.« Hermann Höcherl, CSU, 1963 Bundesminister des Innern, oberster Dienstherr des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

von James Tubman

Der Verfassungsschutz (VS) sieht sich als neutrale Schiedsinstanz und analysiert andere mit der Hufeisenmatrix. Durch die Extremismustheorie. Da gibt es die Mitte und ihre beiden linken und rechten Ränder. Je nach Entfernung von der Mitte unterscheidet der VS grob in zentral/demokratisch/gewaltfrei, radikal/undemokratisch/gewaltfrei und extrem/undemokratisch/gewalttätig und am äußeren Ende nähern sich die Extreme an. Die Dreifaltigkeit spiegelt sich auch in der Aufstellung der Abteilungen der Ämter nach den politischen Feindesgruppen der Mitte – Linksextremismus, Rechtsextremismus, Islamismus. Die Konstrukteur*innen des theoretischen Überbaus des Amtes versuchen permanent, die demokratische Mitte selig zu sprechen und die Ränder zu verteufeln. Vor allem die Frage der Gewalt wird komplett auf die Ränder projiziert. Innerer Frieden ist somit garantiert, denn die Gefahr kommt immer von außen. Das staatliche Gewaltmonopol soll von der Frage der eigenen Gewalt ablenken.

Hier verweigert der Dienst jede weitergehende Tätigkeit. Keine Erwähnung von antisemitischen und neonazistischen Propagandadelikten bei Polizei und Bundeswehr. Obwohl die Auswertung von öffentlichen Quellen ja eine der Hauptaufgaben des Dienstes ist und alle größeren Medien mehrfach über Chatgruppen und andere Vorfälle ausführlich berichteten. Er kann nicht sehen, was nicht sein soll. Die Kontrolle des VS durch das Ministerium des Innern scheint in diesem Zusammenhang gut zu funktionieren.

Sich selbst sieht der VS auch in einem Dreiklang der öffentlichen Kritik gefangen. Nicht erst seit der Selbstenttarnung des NSU ertönt dieser in der Form von Frühwarnsystem, V(ertrauens)-Männern und Pannen. Die Auswertung öffentlicher Quellen ist im Gegensatz zum V-Mann-System und der Vertuschung eigener Fehler und krimineller Aktionen weniger gefährlich. Die meisten Aktionen des VS werden immer geheim bleiben, eine Fehlerkultur, eine demokratische, öffentliche Kontrolle der Dienste findet nur durch die Presse und wenige Politiker*innen statt. Die Dienste schützen sich dagegen mit einer eigenen »Omertà«, dem Gesetz des Schweigens. In den schlimmsten Fällen, um die es hier geht, mussten Menschen mit ihrer Gesundheit und sogar ihrem Leben bezahlen.

Der tote Spitzel

Ulrich Schmücker wurde nur 22 Jahre alt. Der Student der TU Berlin wurde 1972 festgenommen. Ein Bombenanschlag auf das türkische Generalkonsulat wurde von der Polizei durch eine Kontrolle vereitelt. In U-Haft wird er vom VS als V-Mann »Kette« angeworben. Er erkauft sich dadurch ein sehr mildes Urteil, wird vorzeitig aus der Haft entlassen. Sein V-Mann-Führer ist Michael Grünhagen. Dieser ist zuständig für weitere Spitzel in der linken Szene Berlins, wie auch für den Kneipenwirt Volker Weingraber. Schmücker verstrickt sich in den folgenden Jahren immer offensichtlicher in Widersprüchen, wird von seinem Mitbewohner und seiner Lebensgefährtin als Spitzel enttarnt. Daraufhin finden in der Szene-Kneipe »Tarantel« Debatten über eine Hinrichtung des Spitzels statt. In der Gaststätte verkehren zu dieser Zeit auch mindestens zwei weitere V-Leute des VS. Der V-Mann Weingraber ist auch an den Gesprächen beteiligt. Er stellt der Gruppe eine Schreibmaschine zur Verfügung, damit diese ein »Volkstribunal« und ein Urteil protokollieren kann. Er leiht den mutmaßlichen Tätern auch seinen VW Bus am 4. Juni 1974 – dem Tag, an dem Grünhagen zum wiederholten Mal gewarnt wird, sein V-Mann Schmücker sei in Lebensgefahr. Der hatte selbst in den Wochen zuvor um Schutz gebettelt und um eine Waffe zum Selbstschutz gebeten. Beides wurde ihm von seinem V-Mann-Führer verweigert. Am 5. Juni um circa 00.15 Uhr wird Schmücker mit einer Pistole im Grunewald in den Kopf geschossen. Diese Pistole erhält der V-Mann Weingraber nur eine halbe Stunde nach der Tat. Er übergibt die Waffe mit zwei Magazinen einen Tag später an seinen V-Mann-Führer, den Oberamtsrat Grünhagen. Dessen wichtigster Beitrag zur Aufklärung an der Tötung seines V-Mannes ist, dass er die Tatwaffe in der Dienststelle des Verfassungsschutzes in der Clayallee für die nächsten 15 Jahre in einem Tresor wegschließt. Die Frankfurter Rundschau veröffentlicht in Auszügen das Bekennerschreiben einer Gruppe »Schwarzer September«, die sich der Tötung des Spitzels bezichtigt. Nach insgesamt mehr als 20 Jahren verhängter Untersuchungshaft bleiben die juristischen Verhandlungen ohne Ergebnis. Die ersten zwei Urteile gegen Beschuldigte wurden in Revision von Bundesgerichten aufgehoben. 1980 kommt Bewegung in die Aufarbeitung. Grünhagen wird in einem anderen Mordkomplex von der Zeitschrift Konkret als Mitarbeiter des VS enttarnt. Ein Angeklagter im dritten Prozess erkennt ihn auf einem Foto in der Zeitung wieder. Das folgende Urteil gegen die Beschuldigten wird erneut durch ein Bundesgericht aufgehoben. Im vierten Prozess um den Tod des Spitzels wird absehbar, dass die Rolle des VS endlich Thema wird. 1989 wird dann die Tatwaffe im Tresor des VS schließlich »gefunden«. Die Richterin im bisher letzten Verfahren stellte das Verfahren gegen alle Angeklagten ein, da eine »Mitwirkung und Einwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz« für die Tat ausschlaggebend gewesen sei. Und dieses schützte den eigenen Spitzel nicht, sondern lieferte ihn mindestens bewusst seinem tragischen Schicksal aus.

Das Gesetz des Schweigens

Das Celler Loch

1978 sprengt die GSG 9, die Antiterroreinheit des Bundesgrenzschutzes, ein Loch in die Außenmauer des Gefängnisses in Celle, in dem das RAF-Mitglied Sigurd Debus einsaß. Der VS will mit dieser Aktion endlich V-Leute in das RAF-Umfeld einschleusen. Um die Inszenierung zu vervollständigen, wird Ausbruchswerkzeug in die Zelle von Debus geschmuggelt. Seine Haftbedingungen werden sofort verschärft und im folgenden Jahr wird er nach Hamburg in die Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel (»SantaFu«) verlegt. Debus beantragt auch dort Hafterleichterungen, die mit dem Verweis auf den angeblichen Ausbruchsversuch abgelehnt werden. Daraufhin trit er in einen mehrmonatigen Hungerstreik mit Zwangsernährung, den er nicht überlebt. Erst Jahre später, 1986, berichtet die Hannoversche Allgemeine Zeitung über die wahren Hintergründe des Sprengstoffanschlags. Der Untersuchungsausschuss des Landtags kommt zu dem Ergebnis, es sei eine zu rechtfertigende Aktion, da das Ziel solche Handlungen rechtfertige und ein Ausbruch so verhindert worden sei. Der letzte Punkt ist eine offensichtliche Lüge. Eine Kontrolle des Geheimdienstes durch das Parlament fand somit nicht statt. Die verfassungsgemäße Trennung zwischen niedersächsischem VS und Bundespolizei wurde auch nicht beachtet. Am Ende steht ein Toter, der sich gegen seine verschärften Haftbedingungen wehrte, die über ihn durch eine gemeinsame Aktion von Geheimdienst und Polizei verhängt wurden. Diese schwiegen, während Debus in seinem Protest sich langsam zu Tode hungerte. Sie schwiegen auch noch nach seinem Tod. Denn die vom VS gewählte Aktionsform entspricht der Vorgabe des Bundeskanzlers Helmut Schmidt (SPD), der am 8. September im Jahr vor dem Anschlag den Geheimdiensten und der Polizei seine bedingungslose Unterstützung zusagte und sie aufforderte, »das Undenkbare zu denken« und »exotische Vorschläge« zu verfolgen. Diesen Aufforderungen folgte der VS.

Fanzines, Totschlag, Konzerte, Waffen

1991 findet die Polizei bei einer Hausdurchsuchung bei dem Neonazi Carsten Szczepanski vier Rohrbomben. Er gibt der Polizei freiwillig die Abonnentenliste seines Fanzines »Feuerkreuz« und die Mitgliederlisten des von ihm gegründeten Ablegers des »Ku Klux Klans« (KKK). 1992, im Mai, wird am Scharmützelsee der nigerianische Lehrer Steve Erenhi erst zusammengeschlagen, dann versucht die Meute, ihn zu verbrennen. Als ihnen das nicht gelingt, versuchen sie ihn zu ertränken. Einer der Täter: Szczepanski, der sich als einziger in der Gruppe vermummt. Erenhi überlebt den Mordanschlag nur knapp. Auch andere Mitglieder des KKK begehen in Deutschland Anfang der 1990er Jahre schwerste Verbrechen. Szczepanski wird für seine Tatbeteiligung 1995 zu acht Jahren Haft verurteilt. Schon 1998 ist er Freigänger. Er betreibt ein Ladengeschäft für Neonazimusik und -Bekleidung, spielt eine wichtige Rolle im »Blood & Honour«-Netzwerk, wirbt in seinem Fanzine »United Skins« für den Terror von »Combat 18«, ist Teil der »National-Revolutionären Zellen«, wird Beisitzer im Landesvorstand der NPD Brandenburg und Leiter des Ordnungsdiensts der Partei. Zur NPD geht er auf ausdrücklichen Wunsch seines V-Mann-Führers. Der hatte auch dafür gesorgt, dass der Neonazi deutlich weniger Zeit in Haft verbringen musste. Auch für weitere Straftaten bekommt er Rabatt eingeräumt, indem er zum Beispiel seinen Mitbewohner wegen Schüssen auf einen Menschen verrät. Mit Jan Werner, ebenfalls »Blood & Honour«, versucht Szczepanski Waffen für den NSU zu beschaffen. Wie weit die beiden den Plan realisieren konnten, haben weder der NSU-Prozess noch die entsprechenden Untersuchungsausschüsse aufgeklärt. Carsten Szczepanski konnte sich an nichts erinnern.
Von 1994 bis ins Jahr 2000 arbeitete Carsten Szczepanski für den Verfassungsschutz. Der VS zahlte ihm mindestens 50.000 Mark allein an Prämien. Gordian Meyer-Plath war erst Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in Brandenburg. Danach leitete er den sächsischen VS. Meyer-Plath war zuvor V-Mann-Führer von »Piatto«, dem Tarnnamen des VS für Carsten Szczepanski. 37 gemeinsame Treffen der beiden sind dokumentiert. »Piatto« lebt mittlerweile irgendwo unter neuer Identität, unterstützt durch ein staatliches Zeugenschutzprogramm. Im NSU-Prozess trat er verkleidet und vermummt auf und konnte sich an fast nichts erinnern. Ein weiterer großer Beitrag des VS zur Aufklärung von Verbrechen. Szczepanski hat sich den Titel ‹Vertrauensmann› mühevoll verdient.

Fleißarbeit

Das mühselige Zusammensetzen der Puzzlestücke obliegt antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Projekten. Ohne deren Wirken wären die Machenschaften der V-Leute und ihrer Führer bis heute nicht in diesem Umfang bekannt. Es ist naheliegend für ein Frühwarnsystem – das der VS für sich in Anspruch nimmt –, in politische Bildung und Aufklärung zu investieren und antifaschistischen Projekten nicht das Leben schwer zu machen. Sie waren noch nie in Morde und die Vertuschung schwerster Straftaten verwickelt. Sie analysieren und warnen früher vor faschistischen Aktivitäten und das völlig ohne Menschenleben zu gefährden. Dass der VS immer wieder gegen diese Projekte agitiert, ist auch eine Würdigung ihrer soliden Arbeit, die nicht nur das Amt, sondern auch manche Mitarbeiter*innen brüskiert. Diese werden im Übrigens in den seltensten Fällen für ihre Fehler zur Verantwortung gezogen.

»Anders als Geheimdienste arbeiten w
Methoden und öffentlichen Queller
vermeintlichem Geheimwissen zu be

#Interview

Öffentliche Demokratieforschung

Gibt es Alternativen zu einem geheimdienstlichen Verfassungsschutz? Paul Wellsow sprach für »der rechte rand« über die Frage mit Matthias Quent. Er ist Soziologe und Direktor des »Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft – Thüringer Dokumentations- und Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit« (IdZ) in Jena

drr: Seit 2016 gibt es in Jena das IDZ. Seine Gründung und Förderung durch das Land Thüringen war eine Konsequenz aus dem NSU-Skandal. Was sind die Aufgaben des Instituts?

Matthias Quent: Wir betreiben öffentliche Demokratieforschung in den Themenfeldern Rechtsradikalismus, Diskriminierung und Hasskriminalität. Teil dieses Ansatzes ist es, einerseits Befunde und Debatten in verschiedene Öffentlichkeiten zu kommunizieren, andererseits bringen wir Wissen und Impulse zivilgesellschaftlicher Akteure aus diesen Feldern in die wissenschaftliche Arbeit und Diskussionen ein. Die zentralen Aufgaben sind also Forschung vor allem zu aktuellen Demokratiegefährdungen sowie wechselseitiger Wissenstransfer.

Die gesellschaftliche Debatte und Entscheidungen der Politik sind oft von Einschätzungen und Informationen des Verfassungsschutzes mitgeprägt. Was unterscheidet die Analysen des IDZ von denen des Geheimdienstes?

Unsere primären Bezugsrahmen sind Menschenrechte, Antidiskriminierung, zivile Werte, wissenschaftliche Erkenntnisse und nicht der Staatsschutz. Unser Fokus liegt also auf der Vielfalt der Gesellschaft, nicht auf dem Staat und seinen Institutionen. Behörden und Staat haben sich durch die massive rechte Gewalt vor allem gegen gesellschaftlich marginalisierte Gruppen und gegen Linke über Jahrzehnte nicht als angegriffen wahrgenommen. Rechtsextremismus und Terrorismus begannen in der dominanten Lesart des Verfassungsschutzes erst, wenn der Staat und seine Institutionen angegriffen wurden. Das ändert sich langsam, vor allem wegen des massiven öffentlichen Drucks. Diese Fehleinschätzungen hängen eng zusammen mit den Irrtümern der Extremismusdoktrin, ohne die wir als Gesellschaft in der Thematisierung und Bekämpfung von Rassismus und anderen Ungleichwertigkeitsideologien heute schon viel weiter sein könnten. Anders als Geheimdienste arbeiten wir transparent, mit wissenschaftlichen Methoden und öffentlichen Quellen, anstatt folgenreiche Aussagen mit vermeintlichem Geheimwissen zu begründen. Wir sind keine Behörde, sondern eine wissenschaftliche Einrichtung in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung. Wir sind nicht Teil der staatlichen Institutionen, sondern der Zivilgesellschaft und der Forschungslandschaft. Das heißt auch, dass wir im Vergleich zu den Diensten prekär finanziert sind.

In den letzten Jahren bemühen sich die Verfassungsschutzbehörden, Kenntnisse und Methoden der Sozialwissenschaften stärker aufzunehmen. Kann das gelingen und ist das ein Weg, die Analysen zu verbessern?

Es lässt sich durchaus feststellen, dass beispielsweise die Bewertung von Ethnopluralismus, der völkischen Identitären und auch der AfD sich seit dem Ende der Ära Hans-Georg Maaßen als Präsident im Bundesamt für Verfassungsschutz verbessert haben und nun offenkundig auch jahrzehntealte Befunde der Soziologie berücksichtigt werden. Perspektivenvielfalt und insbesondere eine Stärkung sozialwissenschaftlicher Ansätze verbessert Analysefähigkeiten mit Sicherheit. Andererseits werden sozialwissenschaftliche Methoden so zu einer Sozialtechnologie, die vor allem den institutionellen Machtlogiken dieser Institutionen anstatt einer mündigen Zivilgesellschaft dienen.

ir transparent, mit wissenschaftlichen n, anstatt folgenreiche Aussagen mit egründen.«



Grüne und Linke haben 2019 dem Bundestag Vorschläge vorgelegt, wie als Ergänzung oder als Ersatz für einen geheimdienstlichen Verfassungsschutz wissenschaftlich und transparent arbeitende Institutionen Analyse und Dokumentation der radikalen Rechten leisten könnten. Die Anträge fanden bisher keine Mehrheit. Was kann so eine Stelle leisten und wäre sie besser als der bisherige Verfassungsschutz?

Für eine aufgeklärte Gesellschaft wäre es ein Fortschritt, wenn Bildung, strategische und politische Beratung und öffentliche Diskussionen über die radikale Rechte und die demokratische Kultur insgesamt nicht mit den fragwürdigen und intransparenten Begriffen und Zahlen der Verfassungsschutzbehörden, sondern mithilfe überprüfbarer wissenschaftlicher Methoden und zeitgemäßer Konzepte geführt werden würden. Ich denke, dass ein angemessen ausgestattetes Institut insbesondere die öffentliche Aufklärung, das Berichtswesen und die politische Bildung besser, demokratischer und transparenter leisten könnte als die Dienste. Dabei müsste so eine Einrichtung auch die Expertise von Antifaschist*innen, Journalist*innen und die Perspektiven von Betroffenen von Diskriminierungen berücksichtigen. Statt Stigmatisierungen durch den Staat wäre auf wissenschaftlicher Basis eine Kritik undemokratischer Entwicklungen möglich. Aber natürlich hat so eine Institution Grenzen: Wissenschaft und Zivilgesellschaft können Debatten um Terrorismus und politische Gewalt einordnen und versachlichen. Doch Anschläge operativ verhindern können wir nicht. Aber immerhin ist mir kein Fall bekannt, in dem wissenschaftliche Forschung Terroranschläge maßgeblich begünstigt hat.

Vielen Dank für das Interview!

#Kontrolle

Instrument der Aufklärung

Geheimdienste, Polizei oder Politik: Verbindungen zwischen Neonazis und Staat waren in der Bundesrepublik immer wieder Thema parlamentarischer Untersuchungsausschüsse.

von Ernst Kovahl

In der Bundesrepublik haben sich parlamentarische Untersuchungsausschüsse (UA) wiederholt um Aufklärung rechtsradikaler Aktivitäten im Zusammenhang mit staatlichem Handeln bemüht. Deren Berichte und Materialien sind eine immense und teils unerschlossene Quelle antifaschistischer Recherche. Die bekanntesten Ausschüsse sind sicherlich die zu den rassistischen Morden und dem rechten Terror des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU), die nach dem Auffliegen der Gruppe ab 2012 Licht ins Dunkel der Taten und das zwielichtige Agieren der Behörden bringen sollten. Noch nie arbeiteten so viele Ausschüsse parallel, oder nur wenig zeitversetzt, an einem Thema: Je zwei tagten im Bundestag (2012 – 2013; 2015 – 2017), Thüringen (2012 – 2014; 2014 – 2019), Baden-Württemberg (2014 – 2016; 2016 – 2018) und Sachsen (2012 – 2014; 2014 – 2019), je einer in Bayern (2012 – 2013), Nordrhein-Westfalen (2014 – 2017), Hessen (2014 – 2018) und Brandenburg (2016 – 2019). In Mecklenburg-Vorpommern widmet sich seit 2018 ein UA dem Thema. Öffentlich wird dessen Arbeit aber kaum mehr verfolgt. In Hamburg, wo der NSU auch mordete, blieb die Forderung nach parlamentarischer Aufklärung bis heute ungehört – ein Skandal. Die Ergebnisse der Ausschüsse wurden in dickleibigen Berichten veröffentlicht, die detaillierte Einblicke in die Neonazi-Szene und das Handeln des Staates ermöglichen. Medienberichte und die Dokumentationen von antifaschistischen Beobachtungsgruppen, wie »NSU Watch«, hielten weitere Details aus den Befragungen von Zeug*innen und den öffentlichen Verlesungen von Akten fest.

Erfolgreich?

Untersuchungsausschüsse sind vor allem ein Instrument der Opposition, um das Handeln von Regierungen zu kontrollieren und öffentlich Transparenz herzustellen, jedoch sind die Hürden für ihre Einsetzung relativ hoch. Die Ausschüsse können zumeist Zeug*innen vorladen und befragen sowie Akten aus Ministerien und Behörden einsehen. In Teilen haben sie ähnliche Kompetenzen wie Ermittlungsbehörden, so müssen beispielsweise geladene Zeug*innen erscheinen und aussagen. In den Ausschüssen sind gemäß der Stärke ihrer Fraktionen Abgeordnete tätig, die mit den Parlamentsverwaltungen und Mitarbeiter*innen die Untersuchungen durchführen. Immer wieder mussten sie in der Vergangenheit darum kämpfen, Akten zu erhalten, Zeug*innen aus Behörden verhören zu dürfen oder bestimmte Fragen in der Öffentlichkeit zu diskutieren, da auch in den Ausschüssen die Regierungsfraktionen in der Regel die Mehrheit haben und so Aufklärung behindern können. Sowohl Regierungen als auch Behörden – und hier oft die Geheimdienste – bemühten sich immer wieder, heikle Themen in nicht-öffentlichen Sitzungen zu verhandeln, Akten zu unterdrücken, die Vernehmung von Zeug*innen zu verhindern oder sie so vorzubereiten, dass sie keine belastenden Aussagen tätigen. Untersuchungsausschüsse sind daher durch ihre Form und die rechtlichen Bedingungen keine Selbstläufer und können auch genutzt werden, um Skandale in den institutionellen Abläufen auf die lange Bank zu schieben. Neben den rechtlichen Möglichkeiten und Grenzen der jeweiligen Parlamente und dem konkreten Aufklärungswillen der Regierungen hängt die Frage von Erfolg oder Misserfolg eines UA maßgeblich daran, ob kompetente und engagierte Abgeordnete, Fraktionen und Mitarbeiter*innen die Aufklärung vorantreiben und von einer kritischen Öffentlichkeit aktiv begleitet werden.

Polizei, Bundeswehr, Geheimdienste, Politik

Während die umfangreichen öffentlichen Berichte zum NSU für antifaschistische Recherche und politische Debatten vergleichsweise einfach zugänglich sind und genutzt werden, gerieten die Ergebnisse früherer Untersuchungsausschüsse in Vergessenheit. Zudem sind Berichte über damalige Ausschüsse teils nicht im Internet auffindbar und ergänzende Materialien oft nur schwer recherchierbar. Dennoch ist der Blick zurück lohnend: Denn seit den frühen 1950er Jahren wurde das parlamentarische Instrument des UA wiederholt genutzt, um die Aufklärung politischer Skandale voranzutreiben, in denen Neonazis und Rechtsradikale im Zusammenhang mit staatlichen oder staatsnahen Institutionen eine Rolle spielten – seien es Polizei, Bundeswehr, Geheimdienste, Parteien und Fraktionen oder Politiker*innen. Beispielsweise beschäftigte den Bundestag die Frage nach der »(Weiter-)Beschäftigung von ehem. NS-Funktionären im Auswärtigen Amt« (1951 – 1952) oder nach »rechtsextremistischen Vorkommnissen an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg und an anderen Standorten der Bundeswehr« (1998). Das Berliner Abgeordnetenhaus bemühte sich Mitte der 1980er Jahre in zwei Ausschüssen um »Aufklärung von Geldzahlungen und Kontakten« des hochrangigen CDU-Politikers Heinrich Lummer Anfang der 1970er Jahre zur rechtsradikalen »Deutschen Volkspartei« und zu einer NPD-Politikerin. Außerdem beschäftigte sich das Berliner Landesparlament Anfang der 1990er Jahre mit Rechtsradikalen in der »Freiwilligen Polizeireserve«. In Niedersachsen thematisierte der Landtag 1951 den Übertritt von Abgeordneten der rechtsradikalen »Sozialistischen Reichspartei« zur FDP und in Sachsen-Anhalt ging es zwischen 2007 und 2010 um die »Klärung von Vorfällen mit rechtsextremistischem oder fremdenfeindlichem Hintergrund« in zwei Polizeidirektionen. In einer Reihe dieser Untersuchungsausschüsse spielte explizit das Agieren – oder eben auch Nicht-Agieren – der Inlandsgeheimdienste eine Rolle. Sie ermöglichen so seltene Einblicke in die sonst komplett intransparente Arbeit der Dienste – und sie sind Quellen, um das Verhältnis von Staat und radikaler Rechten zu beleuchten. Angesichts der neuerlichen Skandale um Neonazis in Behörden wäre es an der Zeit, die Ergebnisse dieser Untersuchungsausschüsse erneut und systematisch zu sichten.

Untersuchungsausschüsse seit 1951

Eine Auswahl der Verstrickungen von Staat & Nazis

FDP-Abgeordnete wechseln zur SRP 1951

Im Niedersächsischen Landtag konnten Nazis der »Sozialistischen Reichspartei« (SRP) die FDP unterwandern und damit die anderen Parteien düpieren. In der Folge kam es zu einem Untersuchungsausschuss.

NS-Funktionäre im Auswärtigen Amt 1951–1952

Im Bundestag wurde nur sechs Jahre nach dem Ende des NS ein Untersuchungsausschuss zu Nazikarrieren in der Bundesregierung eingesetzt.

Extrem rechte Vorkommnisse an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg 1998

Am 24. Januar 1995 hielt der damals bereits vorbestrafte Rechtsterrorist und einstige Rechtsanwalt von Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess einen Vortrag in der Führungsakademie der Bundeswehr. Dies kam zwei Jahre später ans Licht. Ein Untersuchungsausschuss folgte.

Nationalsozialistischer Untergrund 2012–2021

Von 1998 bis 2011 konnte das NSU-Terrornetzwerk aus dem Untergrund heraus mindestens zehn Menschen ermorden, drei Bombenanschläge begehen und mehrere Banken überfallen. Zur Rechtsterrorserie und dem Versagen von Polizei und Geheimdiensten gab es bisher insgesamt 13 Untersuchungsausschüsse im Bundestag, in Thüringen, Sachsen, Bayern, Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg. Der Ausschuss im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern läuft noch bis 2021.



Aufklärung von Vorgängen bei der Freiwilligen Polizei-Reserve 1993–1995

Ein Untersuchungsausschuss deckte auf, dass in der 1961 gegründeten »Freiwilligen Polizei-Reserve« 109 straffällige Mitglieder waren. Darunter zahlreiche Anhänger der extrem rechten Szene, die auch an einem Waffenhändlering und Wehrsportübungen beteiligt waren. Aufgelöst wurde die Einheit erst im Jahr 2002.

Geldzahlungen und Kontakte zu extrem rechten Organisationen 1986–1988

Der damalige Berliner Innensenator und CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer zahlte Neonazis Geld aus der Parteikasse, damit diese im Wahlkampf zum Berliner Abgeordnetenhaus 1971 Plakate der SPD überkleben. 15 Jahre später folgte ein Untersuchungsausschuss und Lummer musste zurücktreten. In einem zweiten Ausschuss wurden seine Kontakte zur NPD-Politikerin Dr. Ursula Schaffer zwischen 1972 und 1984 untersucht.

V-Leute gegen Abgeordnete 2012–2014

In den Jahren 2006 und 2007 diente sich der NPD-Politiker Kai-Uwe Trinkhaus dem »Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz« an. In seiner Zeit als V-Mann betrieb er Anti-Antifa-Denunziation. Ein Untersuchungsausschuss stellte fest, dass er nicht als Spitzel hätte geführt werden dürfen.

Verschleppte Ermittlungen gegen Rechts 2007–2010

Zwischen 2005 und 2007 kam es in Sachsen-Anhalt zu mehreren extrem rechten Straf- und Gewalttaten, bei denen die Polizei unzureichend ermittelt haben soll. Der damalige stellvertretende Polizeipräsident von Dessau habe sogar zum Wegschauen ermuntert. Ein Untersuchungsausschuss wurde eingesetzt, unter anderem zur »Dessauer Polizeiaffäre«.

#AfD

Chaos, Spaltung und Zerrissenheit

Während die »Alternative für Deutschland« ihren aus dem September 2019 verschobenen Rentenparteitag in Kalkar vorbereitet, brennt und kriselt es in der Partei vor dem »Superwahljahr« 2021.

von Kai Budler



Mit der von Jörg Meuthen forcierten formalen Selbstauflösung des »Flügels« und der Annullierung der Parteimitgliedschaft von Andreas Kalbitz wähnten sich der Bundesvorsitzende der »Alternative für Deutschland« (AfD)und seine Kreise auf der siegreichen Seite in den innerparteilichen Grabenkämpfen. Dazu gehören auch das Parteiausschlussverfahren gegen den Bundestagsabgeordneten Frank Pasemann und der von Meuthen angestrebte Parteiausschluss des Freiburger Stadtrats Dubravko Mandic. Doch ausgerechnet sein eigener Landesverband in Baden-Württemberg unter Vorsitz von Alice Weidel verschleppte den Rauswurf des Freiburger Anwalts. Der windelweiche Kompromiss: Mandic darf Parteimitglied bleiben, er soll lediglich in den kommenden zwei Jahren kein Amt ausüben dürfen. Mandic steht symbolisch für das »Flügel«-Netzwerk, dessen Einfluss in Weidels Landesverband deutlich gewachsen ist und ihr den Rücken stärken soll, wenn es Ende des Jahres in Haigerloch um die Listenaufstellung im »Ländle« zur Bundestagswahl 2021 gehen wird. Zum »Flügel«-Netzwerk in Baden-Württemberg gehört wie Mandic auch Stefan Räpple, der bei einem Aufmarsch gegen Corona-Maßnahmen zum gewalttätigen Umsturz der Regierung aufgerufen hatte. Selbst seiner Fraktion, die Anzeigen im extrem rechten Magazin »Zuerst!« schaltet, war das zu offen radikal: Sie schloss Räpple aus der Landtagsfraktion aus.

Niedersachsen

Doch immerhin verfügt die AfD im Südwesten noch über eine Landtagsfraktion – anders als in Niedersachsen, wo es zum offenen Bruch kam. Zuvor unterlag die ehemalige Landesvorsitzende Dana Guth auf dem Landesparteitag dem südniedersächsischen Bundestagsabgeordneten aus dem »Flügel«-Netzwerk, Jens Kestner. Kritik an Guths Führungsstil gab es schon länger. Zusätzlich dürfte ihre Abwahl befeuert haben, dass sie dafür gesorgt hatte, dass die Homepage »Alternative Basis«, in der sich AfDler*innen aus dem »Flügel«-Netzwerk sammelten, mit den entsprechenden Facebook- und Twitter-Kanälen offline gehen musste. Kurze Zeit nach dem Landesparteitag verließen Dana Guth, Stefan Wirtz und Jens Ahrends die neunköpfige Fraktion, die daraufhin wegen der erforderlichen Mindestgröße ihren Status und die bisherige Förderung von monatlich rund 100.000 Euro verlor. 15 Mitarbeiter*innen müssen entlassen werden, dem Landtag müssen die nicht für die Fraktionsarbeit verwendeten Zuschüsse zurückgezahlt und alle aus Zuschüssen beschafften Gegenstände zurückgegeben werden. Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion und AfD-Ehrenvorsitzende, Alexander Gauland, verlangte daraufhin Guths Rauswurf aus der Partei. Die AfD Niedersachsen kündigte an, Guth, Ahrends und Wirtz aus der Partei auszuschließen.

Schleswig-Holstein

Die AfD im Landtag von Schleswig-Holstein folgte Ende September dem Beispiel der niedersächsischen Fraktion. Nachdem der Landtagsabgeordnete Frank Brodehl die Fraktion verließ, verlor auch sie mit nur noch drei Abgeordneten Fraktionsstatus, parlamentarische Rechte und finanzielle Mittel. Der ehemalige Fraktionschef Jörg Nobis erklärte, »dass sich die Spaltung innerhalb des Landesverbandes seit nunmehr drei Jahren zusehends verhärtet hat« und verwies damit auf die Auseinandersetzung um die ehemalige AfD-Landtagsabgeordnete und Landesvorsitzende Doris von Sayn-Wittgenstein. Seit ihrem vom Bundesschiedsgericht bestätigten Rauswurf im August 2019 ist ihre Nachfolge bis heute offen. Ende November sollen in Neumünster nun die Spitze des Landesverbandes und die Kandidat*innen für die Bundestagswahl gewählt werden. Für den Landesvorsitz haben Gereon Bollmann und Jörg Nobis ihre Kandidatur angekündigt. Bollmann gehörte als Vorsitzender Richter dem AfD-Landesschiedsgericht an, das Sayn-Wittgensteins Rauswurf zunächst abgewiesen hatte. Kurz nach Brodehls Fraktionsaustritt erklärte das Innenministerium in Kiel die »Nachfolgeaktivitäten« des völkischen »Flügels« zum Beobachtungsobjekt für den Landesverfassungsschutz. Besonderes Interesse gilt der Frage, welchen Einfluss Personen aus dem »Flügel«-Netzwerk auf den schleswig-holsteinischen Landesverband der AfD ausüben.

Bayern

Ein Blick in den Süden offenbart Chaos und offene Zerstrittenheit in der bayerischen AfD-Landtagsfraktion; die Mehrheit ließ die Herbstklausur der 20-köpfigen Fraktion platzen. Nicht einmal auf eine gemeinsame Tagungsordnung konnten sich die verkrachten Splittergruppen einigen. Dem vorangegangen war Ende Mai ein gescheiter-



2017 war Gauland noch an der Seite von Pressesprecher Christian Lüth (li.). Letzterer nennt sich selbst Faschist und musste 2020 gehen.

ter Abwahlantrag gegen die Fraktionsspitze, der seitdem mit zwölf Opponent*innen der Rückhalt in den eigenen Reihen fehlt. In dem Konflikt geht es um Kritik an selbstherrlichem Führungsstil, mangelnder Professionalität und falschen Strategien. Nachdem bereits im Juni Rücktrittsforderungen laut geworden waren, wollte die Zwölfergruppe auf der Klausur den Vorstand entmachten, scheiterte aber an der nötigen Zweidrittel-Mehrheit. Mitte September kritisierte die Mehrheitsgruppe, dem Fraktionsvorstand um Katrin Ebner-Steiner und Ingo Hahn gehe es primär um die eigenen finanziellen Vorteile. Dass die interne Auseinandersetzung auch handfeste Formen annehmen kann, zeigt ein Vorfall Mitte Oktober. Der Landtagsabgeordnete Ulrich Singer warf Fraktionschefin Ebner-Steiner vor, ihn bei einem Streit in der Fraktion verletzt zu haben. Als Ebner-Stein anschließend im Landtag ans Rednerpult trat, verließen die zwölf Opponent*innen während der Rede ihrer Fraktionsvorsitzenden geschlossen den Saal.

Hessen
In Hessen bereitet sich die AfD auf die Kommunalwahl im März 2021 vor. Nach eigenen Angaben verfügt sie dort über 223 kommunale Mandatsträger*innen. In der Landtagsfraktion hingegen kracht es auch. Nach parteiinternen Streitigkeiten hat die ehemals 18-köpfige Fraktion den Alterspräsidenten des Landtags und ehemaligen AfD-Landeschef Rolf Kahnt wegen »unkollegialen Verhaltens« aus ihren Reihen ausgeschlossen. Vorab hatte die Fraktion geheime Dossiers über ihn angelegt, in denen sein Verhalten bei Veranstaltungen und in Sitzungen beschrieben und negativ bewertet wurde. Ein anderer Streit in der Fraktion wurde gerade vor dem Landgericht Frankfurt/Main beendet. Demnach darf der AfD-Landtagsabgeordnete Walter Wissenbach seinen Kollegen Andreas Lichert ein »stolzes Mitglied« der »Identitären Bewegung« nennen, wie er es in einer parteiinternen Mailgruppe getan hatte. Dagegen hatte Lichert zunächst eine einstweilige Verfügung erstritten, war jedoch in der nächsten Instanz gescheitert.

Rheinland-Pfalz
Im Jahr vor der Landtagswahl wurde Anfang September 2020 die ehemalige rheinland-pfälzische AfD-Landtagsabgeordnete Gabriele Bublies-Leifert aus der Partei ausgeschlossen. Sie war bereits im August 2019 aus der AfD-Landtagsfraktion ausgetreten, nachdem sie vergeblich die Abwahl von Fraktionschef Uwe Junge vom Vorsitz gefordert und ihm vorgeworfen hatte, zu wenig für die Aufklärung »extrem rechter Vorwürfe« in den eigenen Reihen zu tun. Als offiziellen Grund für den Ausschluss nannte die Partei »die Nichtzahlung von satzungsgemäß verpflichtenden Mandatsträgerabgaben«. Der rheinland-pfälzische AfD-Fraktionsvorsitzende Uwe Junge klagte inzwischen, immer mehr Landesverbände und Fraktionen zerbrächen »an ihren eigenen Unzulänglichkeiten, Eifersüchteleien und dem Egoismus Einzelner«. Dies liege vor allem am Auftreten der Bundestagsfraktion – deshalb forderte er zuletzt Gauland und Weidel zum Rücktritt auf.

Berlin
Bereits Anfang Juli 2020 klagte knapp die Hälfte der AfD-Fraktionsmitglieder im Berliner Abgeordnetenhaus in einem öffentlichen Schreiben über ein »Klima des Misstrauens und der Destruktivität«. Im Mittelpunkt der Kritik standen vor allem der Führungsstil des amtierenden Fraktionschefs Georg Pazderski und der als »absolut unwürdig« bezeichnete Umgang mit Mitarbeiter*innen. AfD-Abgeordnete streiten sich vor Gericht, ehemalige Mitarbeiter*innen klagen gegen ihre Kündigung – mehrere Verfahren laufen noch. Derweil will der von einem Notvorstand geführte Landesverband nach drei gescheiterten Anläufen nun einen neuen Vorstand und das Schiedsgericht wählen lassen.

Saarland
Auch die AfD im Saarland beendete Anfang Oktober ihre Zeit ohne Landesvorstand, der im März vom Bundesvorstand abgesetzt worden war. Zur Begründung hieß es damals, der Landesvorstand habe »schwerwiegende Verstöße gegen die Grundsätze oder Ordnung der Partei« begangen. Unter anderem ging es um Manipulation bei der Aufnahme von Mitgliedern. In der Stichwahl in Saarbrücken stimmte rund die Hälfte der Delegierten für den AfD-Bundestagsabgeordneten Christian Wirth als neuen Vorsitzenden. Unterstützung erhielt er von Parteichef Jörg Meuthen, der zum Parteitag angereist war. Wirths Gegenkandidat, der frühere Landesgeschäftsführer Christoph Schaufert, wurde ebenso als stellvertretender Vorsitzender gewählt wie Lutz Hecker.

Nordrhein-Westfalen
Bei den Kommunalwahlen Mitte September im bevölkerungsreichsten Bundesland hat die AfD mit durchschnittlich fünf Prozent ihr als Ziel ausgegebenes zweistelliges Wahlergebnis weit verfehlt. Am besten schnitt die Partei in den Städten im nördlichen Ruhrgebiet ab. Die vorangegangenen Konflikte im Landesverband haben dazu geführt, dass einzelne Kreisverbände wegen interner Streitigkeiten keine Listen aufstellen konnten.

Bremen
Wegen interner Querelen um Posten im Bremer Landesvorstand sind zwei AfD-Stadtverordnete in Bremerhaven aus ihrer Fraktion und der Partei ausgetreten, wodurch die AfD auch hier ihren Fraktions-

status und das Fraktionsgeld von rund 3.000 Euro verloren hat. Für den Fraktions- und Kreisvorsitzenden Thomas Jürgewitz entfallen zudem die Zuschläge für den Fraktionsvorsitzenden. 2019 hatte die AfD bei der Bürgerschaftswahl in Bremen mit ihrem Spitzenkandidaten Frank Magnitz 6,1 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten und war mit fünf Abgeordneten in das Landesparlament eingezogen. Rund drei Monate später traten drei Fraktionsmitglieder aus und bildeten eine neue Gruppe in der Bürgerschaft; mit zwei verbliebenen Personen verlor die AfD somit ihren Fraktionsstatus in der Bürgerschaft. Eine Abwahl des AfD-Landeschefs Peter Beck scheiterte an der fehlenden Zweidrittel-Mehrheit. Trotzdem stimmte die Mehrheit der Mitglieder für Becks Abwahl.

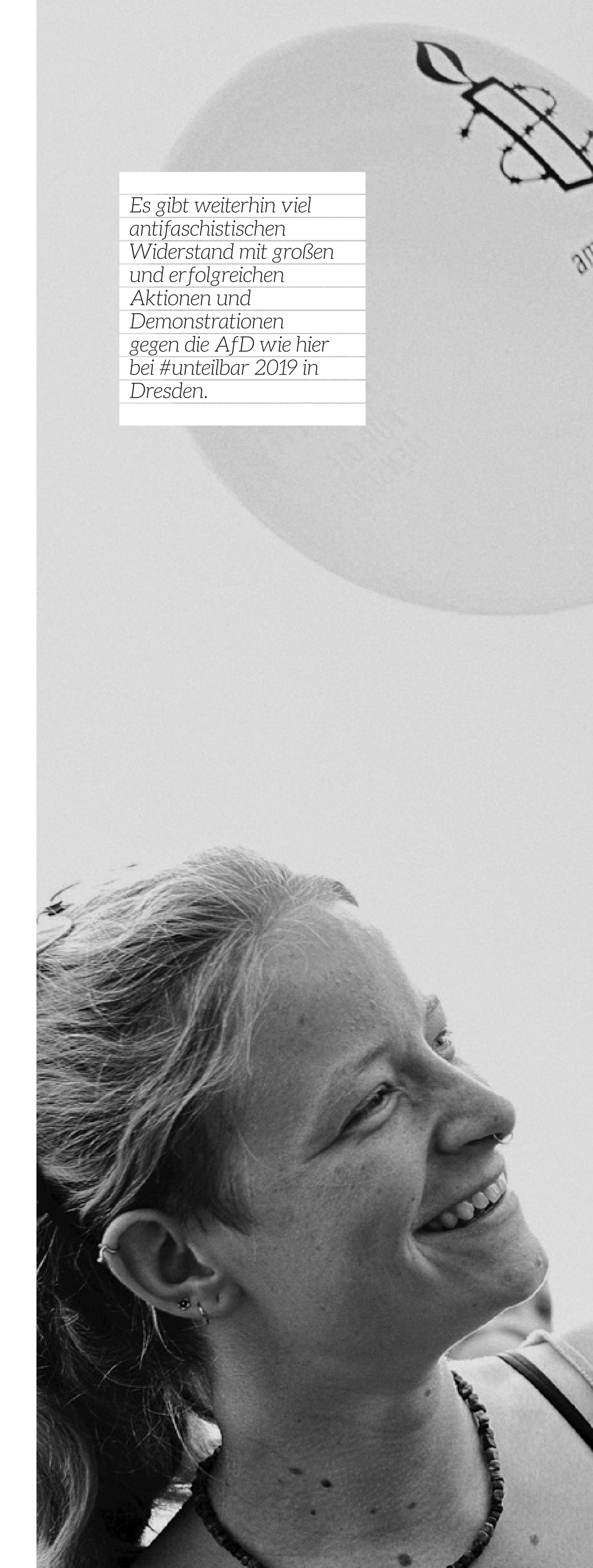
Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt hat sich die AfD klar auf die Seite des »Flügel«-Netzwerks geschlagen. Auf dem Landesparteitag bestätigten die Delegierten mit rund 90 Prozent der abgegebenen Stimmen den Vorsitzenden Martin Reichardt im Amt, der zum »Flügel«-Netzwerk zählt. Ihm stellten die Delegierten mit 85 Prozent der Stimmen den Landtagsabgeordneten Hans-Thomas Tillschneider als Vize zur Seite. Auch er gehört den »Flüglern« an und war bis zu ihrer Auflösung 2018 Vorsitzender der völkischen »Patriotischen Plattform« (PP). Der neu gewählte Landesvorstand beschloss, das Parteiausschlussverfahren gegen den AfD-Bundestagsabgeordneten und ehemaligen PP-Aktivisten Frank Pasemann rückgängig zu machen. In seinem Wahlkreis wurde Pasemann Mitte Oktober einstimmig als Direktkandidat gewählt, obwohl ihn das Landesschiedsgericht zwei Monate zuvor vorläufig aus der Partei ausgeschlossen hatte.

Brandenburg

Nach der »Milzriss-Affäre« um den inzwischen aus der Partei geworfenen ehemaligen Vorsitzenden der AfD-Fraktion im Brandenburger Landtag, Andreas Kalbitz, bewarben sich gleich drei Kandidat*innen um die Fraktionsspitze. Ihre Wurzeln zeigen, dass auch nach dem Abgang von Kalbitz der »Flügel« dominiert. Zuerst kündigte der AfD-Landtagsabgeordnete Christoph Berndt an, für den Vorsitz kandidieren zu wollen. Berndt ist Vorsitzender des 2015 gegründeten rassistischen Vereins »Zukunft Heimat« mit einer guten Vernetzung zu neonazistischen und neu-rechten Gruppen und Initiativen sowie zu neonazistischen Kampfsportler*innen und Fußballhooligans. Auch der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Dennis Hohloch, hat für den Fraktionsvorsitz seinen Hut in den Ring geworfen. Er ist ein langjähriger Vertrauter von Kalbitz, musste jedoch nach dessen Faustschlag mit einem Milzriss ins Krankenhaus eingeliefert werden. Weiterhin pflegt Hohloch gute Kontakte zur »Identitären Bewegung«. Ebenfalls angetreten war die stellvertretende Fraktionschefin Birgit Bessin, die 2015 zu den Erstunterzeichner*innen der »Erfurter Resolution« gehörte. Im ersten Wahlgang entfielen auf Bessin sechs, auf Hohloch sieben und auf Berndt acht Stimmen. Die Stichwahl gewann Berndt mit elf Stimmen, auf Hohloch entfielen abermals sieben Stimmen.

Derweil will sich die AfD in Ostdeutschland gegen die Einstufung durch die Verfassungsschutzbehörden wehren. Auf dem vierteljährlichen Treffen der »Ost-Fraktionen« kündigten führende AfD-Politiker*innen in Schwerin in einer gemeinsamen Erklärung an: »Wir wehren uns parlamentarisch und mit allen zur Verfügung stehenden juristischen Mitteln gegen die unterschiedlichen Grade der Einstufung unserer Parteifreunde.«



Es gibt weiterhin viel antifaschistischen Widerstand mit großen und erfolgreichen Aktionen und Demonstrationen gegen die AfD wie hier bei #unteilbar 2019 in Dresden.


FCK
AFD
VANS
OFF THE WAL

Die Taten einordnen

»Die Gesellschaft geht einen Teil des Weges mit ihm«: Der Prozess gegen den Attentäter von Halle offenbart wieder einmal Defizite beim Bewusstsein über rechte Gewalt, der Einordnung der Tat und der Rolle von Staat und Gesellschaft. Mit veralteten Vorstellungen politischer Aktivitäten im Internet verfallen Staatsanwaltschaft und Gericht in den Reflex der Einzeltäterthese.

von Stefanos Kontovitsis, Caro Keller, Sebastian Schneider

Seit der Selbstenttarnung des NSU 2011 und verstärkt durch den Mord an Walter Lübcke und die Anschläge in Halle und Hanau steigt das öffentliche Bewusstsein über die Kontinuität rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Deutschland. Um diese Kontinuität zu verstehen, ist die Perspektive der Betroffenen für das Verständnis von rechter Gewalt und den Kampf gegen rechte Gewalt wichtig. Ein Beispiel dafür ist die Nebenklage im Prozess zum antisemitischen und rassistischen Anschlag in Halle, bei dem Jana L. und Kevin S. ermordet wurden. Dabei gibt es selbstverständlich auch unter den Nebenkläger*innen im Prozess in Magdeburg unterschiedliche Interessen und Herangehensweisen an das Verfahren. Viele Nebenkläger*innen aber übernehmen – wie zuvor schon im NSU-Prozess in München – die notwendige Einordnung der Taten, indem sie deutlich machen, was rechte Gewalt bedeutet und welche Rolle Staat und Gesellschaft spielen. Einige aus den Reihen der Nebenklage haben sich selbst organisiert, weisen auf den Zusammenhang der Tat mit den rassistischen, antisemitischen und frauenfeindlichen Alltagserfahrungen hin und benennen den Zusammenhang mit anderen rechten Anschlägen.

Traumaproduzent Polizei

Jüdische Betroffene zeigten im Halle-Prozess auch den Zusammenhang zwischen dem antisemitischen und rassistischen Attentat und der nationalsozialistischen Verfolgung ihrer Familien auf und wiesen auf die Kontinuität des Antisemitismus und auf das Fortwirken der Shoah hin. Die Nebenklägerin Rebecca Blady machte im Prozess auf eindrückliche Weise klar, was das für sie bedeutet. Sie beschrieb, wie der Anschlag ein intergenerationelles Trauma wachrief und wie ihr Schicksal mit dem ihrer Großmutter Olga verbunden ist, welche die Lager Auschwitz und Bergen-Belsen überlebte. Kurz vor ihrer Zeug*innenaussage telefonierte Blady mit ihrer heute 91-jährigen Großmutter. Diese bat die Enkelin darum, ihre Geschichte vor Gericht zu erzählen, weil sie selbst nie die Möglichkeit hatte vor einem deutschen oder internationalen Gericht auszusagen. Olga war, nachdem sie mit ihrer Familie nach Auschwitz deportiert worden war durch Josef Mengele von ihrer Mutter getrennt worden, die sie nie wiedersah. Rebecca Blady wandte sich an das Gericht: »Ich muss wissen, dass das Gericht versteht, dass die Shoah zwar vorbei ist, aber dennoch weiter wirksam ist. Die Shoah ist nicht nur ein Fakt, sondern für die jüdische Gemeinschaft weiterhin präsent.« Am Vormittag des 9. Oktober 2019 übergab Blady ihre Tochter einer Babysitterin, damit diese sich den Tag über um das Kind kümmert. Vom Zeitpunkt des Attentats und über Stunden, bis die Polizei sie evakuierte, war Blady von ihrer Tochter getrennt. Erst als ihr Ehemann sich bei der Evakuierung weigerte die Synagoge zu verlassen, solange Tochter und Mutter nicht wieder vereint seien, gab die Polizei nach und ließ die Babysitterin mit dem Mädchen durch die Absperrung. Blady: »Ich frage euch: War es notwendig, dass ich so lange und ohne absehbares Ende von meiner Tochter getrennt wurde? Ich habe die normale Angst jeder Mutter, von ihrem Kind getrennt zu werden. Aber ich habe noch einen weiteren Grund. Ich trage das Trauma meiner Familiengeschichte. Von meiner Großmutter, die von ihrer Mutter an den Toren von Auschwitz getrennt wurde.« Verstärkt worden sei das Trauma durch das Verhalten der Polizei an diesem Tag. Berichte von unsensiblen, dilettantischen, teils schikanösen Maßnahmen durch die Polizei zogen sich wie ein roter Faden durch die Aussagen der Betroffenen vor Gericht.

Zusammenschluss

Betroffene selbst treten einer nachträglichen Spaltung der Opfer entgegen. Zu Beginn des Prozesses taten sich 13 Personen, darunter diejenigen, die sich während des Anschlags in der Synagoge in Halle aufhielten, zwei Personen, die der Attentäter auf der Flucht versuchte zu töten, zwei Gäste des Kiez-Döners und dessen Betreiber, die Brüder İsmet und Rıfat Tekin, sowie der Vater des Mordopfers Kevin S. zusammen und veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung. Darin stellen sie fest: »Der Täter wählte seine Ziele auf der Grundlage einer weißen, rassistischen Ideologie, die Antisemitismus, Rassismus, Homophobie, Sexismus und Fremdenfeindlichkeit mit Verschwörungstheorien verschmilzt, aus.« Die Hinweise auf die historische Tragweite des Anschlags, auf die antisemitische, rassistische und antifeministische Dimension der Tat und auf die internationale Vernetzung des Attentäters mit Anhänger*innen einer »White Supremacy«-Ideologie kommen also aus den Reihen der Nebenklage. Das Gericht war dazu bisher nicht in der Lage. Aber auch in vielen Medienberichten und bei manchen Solidaritätsbekundungen wurden Rassismus und Antifeminismus im Zusammenhang mit dem Anschlag von Halle nicht erwähnt, wurde der Täter viel zu oft als isolierter Einzeltäter beschrieben. In der Öffentlichkeit fehlt es immer noch allzu oft an Wissen über die Dimension der Tat und die Vielzahl der Opfer. Zu wenig bekannt sind zum Beispiel die verheerenden Folgen, die der Anschlag bei Angehörigen der Mordopfer Jana L. und Kevin S. hinterlassen hat. Der Kollege, mit dem Kevin S. im Kiez-Döner zu Mittag aß und der den Anschlag überlebte, kann sich bis heute nicht verzeihen, dass er seine »Bemmen« vergessen hatte, weswegen sie überhaupt erst den Imbiss besuchten. Dass der Attentäter bei seiner Flucht eine Person aus rassistischen Motiven angefahren und verletzt hat und beim Versuch, ein neues Fahrzeug zu rauben, in Wiedersdorf bei Halle ein Ehepaar auf dessen Grundstück niederschoss, schwer verletzte und traumatisierte, ist immer noch viel zu wenig bekannt.

> Nebenkläger*innen organisieren sich selbst, sie weisen auf den Zusammenhang der Tat mit den rassistischen, antisemitischen und frauenfeindlichen Alltagserfahrungen hin und benennen den Zusammenhang mit anderen rechten Anschlägen weltweit.

Mythos Einzeltäter

Der Halle-Attentäter versuchte den Prozess in Magdeburg von Beginn an für seine Selbstinszenierung zu nutzen. Das entspricht auch seiner eigenen Hierarchisierung der Bedeutung der Tat im Vergleich zur Botschaft: Im Prozess erklärte der Angeklagte, ihm sei die Verbreitung des gestreamten Tatvideos und seines zuvor ins Netz gestellten Manifests wichtiger gewesen als die Tat selbst. Es ging ihm also vorrangig darum, andere zu ähnlichen Taten anzuspornen. Die Selbstinszenierung im Prozess gelang ihm jedoch nur in Ansätzen. Dies liegt zum einen daran, wie die Vorsitzende Richterin Ursula Mertens den Angeklagten befragt, zum anderen an der Nebenklage, welche die öffentliche Wahrnehmung des Prozesses in weiten Teilen bestimmt. Das Gericht verfolgt offenbar die Linie, dass der Prozess nicht zu einer Propagandashow des Angeklagten werden solle. Es kam nicht zu einer von einigen befürchteten Prozesserklärung durch den Angeklagten, sondern zu einer kleinteiligen Befragung. Als der Angeklagte eine rassistische Bezeichnung verwendete, unterbrach ihn die Vorsitzende, verbot ihm derlei menschenverachtende Äußerungen und drohte ihm gar den Ausschluss von der Hauptverhandlung an.

Auch wenn die Selbstinszenierung des Täters weitgehend verhindert wurde: Mertens und einige wenige Nebenklagevertreter*innen fragen stark täterzentriert und behandeln den Angeklagten immer wieder wie ein verlorenes Schaf, das es zurück zur Herde zu holen gilt. Tätern wie dem Angeklagten wird man auf diese Weise aber nicht beikommen, vielmehr erlauben die Antworten auf solche Fragen dem Angeklagten, seine Ideologie zu verbreiten. Denn der Angeklagte ist – geschult an Verschwörungserzählungen wie der vom »Großen Austausch« – zutiefst überzeugt von seinem Wahn, die »weiße Rasse« stehe kurz vor der Auslöschung und er müsse seine »Gegner« bekämpfen. Ideologisch unterscheidet sich der Attentäter von Halle dabei kaum von einem simplen Neonazi. Der Unterschied liegt weniger im Ideologischen, als darin, dass er nach derzeitigem Kenntnisstand nicht in der klassischen Neonazi-Szene politisch sozialisiert wurde und Unterstützung fand, sondern zu weiten Teilen im Internet. Ihn deshalb zu einem Einzeltäter zu erklären, geht von einer überholten Vorstellung politischer Aktivitäten im Internet aus. Bereits mit der auf die soziale Isolation des Täters zielenden Befragung zeigte die Richterin, dass sie der Einzeltäter-These der Bundesanwaltschaft zu folgen bereit ist. Diese These entspricht teilweise auch der Selbstdarstellung des Täters. Dieser insistiert auffällig oft, er habe allein gehandelt und auch im Internet keinen Kontakt zu anderen Personen aufgenommen. Zugleich war es ihm vor dem Anschlag aber sehr wichtig, seine Online-Aktivitäten zu verschleiern. Er säuberte etwa zurückgelassene Rechner von Daten. Auf Befragung von Nebenklagevertreter Alexander Hoffmann weigerte er sich, von ihm besuchte Internetseiten zu nennen, weil er seine »eigenen Leute schützen« wolle. Bei Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt (BKA) gibt man sich mit der Darstellung des Anschlags durch den Angeklagten weitgehend zufrieden, die Ermittlungen zu dessen Online-Aktivitäten blieben bestenfalls oberflächlich. So war – nur ein Beispiel – keine*r der gehörten BKA-Zeug*innen in der Lage, Funktionsweise und Bedeutung von Imageboards wie 4chan oder 8chan zu erläutern.

Aufklärung durch die Nebenklage

Kritische Nachfragen und notwendige Einordnungen kommen auch in Magdeburg vor allem von der Nebenklage. Diese benennt Lücken und versucht mit Beweisanträgen, das nötige Wissen in das Verfahren einzubringen. Die Bundesanwaltschaft bleibt dabei, das Problem kleinzureden. War es im Münchener NSU-Prozess das »isolierte Trio«, ist es in Magdeburg der isolierte, soziophobe Einzelgänger, der auf nicht näher bestimmte Weise im Internet zum Einzeltäter wurde. Mit dieser Sichtweise muss nicht genauer auf den Rassismus und Antisemitismus in der sogenannten Mitte der Gesellschaft geschaut werden. Genau dies aber fordern viele Nebenkläger*innen im Halle-Prozess ein. Denn der Angeklagte ist nicht bloß im Internet politisch sozialisiert worden. Er bewegte sich, wie sich im Prozess zeigte, in einem rechtsoffenen Umfeld, in dem er kaum Widerspruch erhielt. Von der rassistischen Mobilisierung und dem Erstarken der Rechten in den vergangenen Jahren sah sich der Angeklagte in seinem mutmaßlich bereits vor 2015 erwogenen Plan bestärkt, zur Tat zu schreiten. Nebenklägerin Sabrina S. brachte diesen Zusammenhang in ihrer Aussage im Halle-Prozess auf den Punkt: »Die Gesellschaft, seine Gesellschaft, geht einen Teil des Weges mit ihm, den Rest geht er dann mit seinen Freunden im Internet.«

#Erinnerungskultur

Gedenken an Opfer rechter Gewalt in Deutschland

von Andrea Hübler



Antifaschistisches Graffiti in Rostock am Peter Weiss Haus.

Um 12:01 läuteten die Glocken in Halle. Das öffentliche Leben sollte für einen Moment stillstehen, vom Roten Turm ertönte »Hevenu Shalom Alechem«. Es war der 9. Oktober 2020, der erste Jahrestag des antisemitischen und rassistischen Anschlags in Halle. Veranstaltungen fanden statt, ein »Raum der Erinnerung und Solidarität« diente als Anlaufstelle und rückte mit einer Ausstellung die Betroffenen ins Zentrum. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Josef Schuster, weihten ein Mahnmal an der Synagoge und eine Gedenktafel am Kiez-Döner ein, den beiden Tatorten des Anschlags. Zur zentralen Gedenkveranstaltung sprachen neben dem Halleschen Oberbürgermeister und dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde zu Halle auch Sachsen-Anhalts Ministerpräsident sowie der Bundespräsident.

Nicht erst die Anschläge in Halle und nur vier Monate später in Hanau stellen fundamental in Frage, was sich bis heute in der offiziellen bundesdeutschen Gedenkpolitik manifestiert, die den hegemonialen geschichtspolitischen Diskurs widerspiegelt. Sie verhandelt das Erinnern an die Verbrechen im Nationalsozialismus vor allem als »bewältigte« Geschichte, die mit dem Heute wenig zu tun habe. Auch mit dem spätestens Mitte der 1990er Jahre einsetzenden Wandel im Erinnerungsdiskurs von Schlussstrich hin zu Anerkenntnis der Schuld und Verantwortung, blieb es ein Gedenken an etwas Abgeschlossenes. Das lässt wenig Raum für den Umgang mit zeitgenössischer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Wenn der Nationalsozialismus, die Ideologien und Verbrechen doch etwas Vergangenes, Bewältigtes sind, dann darf es diese Morde und Anschläge höchstens als Ausnahme geben. Öffentliches Gedenken daran wurde so zumeist von Betroffenen, Hinterbliebenen und antifaschistischen Initiativen initiiert und erkämpft. Nur selten, zumeist zu runden Jahrestagen, verließen die wenigen offiziellen Gedenkakte den kommunalen Rahmen: so etwa 2012 zum 20. Jahrestag von Rostock-Lichtenhagen, als der damalige Bundespräsident Joachim Gauck im Beisein des vietnamesischen Botschafters sprach. Eine Auseinandersetzung mit dem historischen und gesellschaftlichen Kontext und den fortwirkenden Ideologien wie Rassismus und Antisemitismus fand darin allerdings kaum Platz. Und bis heute werden solche Taten immer wieder als »Einzelfälle« von »verwirrten« oder »extremistischen« Tätern dieser wichtigen Reflexion entzogen. Die Perspektiven Betroffener bleiben über die passive Opferrolle hinaus außen vor. Ihre Zeug*innenschaft, ihre Wahrnehmungen gesellschaftlicher Zusammenhänge werden ausgeblendet, überhört, übertönt. Während der Mordserie des NSU wurden die Betroffenen von allen übersehen, von Sicherheitsbehörden beschuldigt, von Medien stigmatisiert, von Politik ignoriert.

Diese Muster geraten ins Wanken. Die (zivil-)gesellschaftlichen Reaktionen auf den NSU-Komplex haben das Thema in den Mittelpunkt gerückt und der veränderte Diskurs nach 2011 manches in Bewegung gebracht.

Kleine Schritte der Veränderung

Um Entwicklungen in der offiziellen Gedenkpolitik nachzuvollziehen, lohnt sich der Blick auf Reden des Bundespräsidenten – auf Anlässe und Inhalt. Bundespräsident Steinmeier sprach nicht nur zur Trauerfeier für die Opfer des Anschlags in Hanau, sondern lud die Angehörigen sechs Monate später in seinen Amtssitz zu einer Gedenkveranstaltung. Auch die Hinterbliebenen kamen in Hanau zu Wort, ebenso im September in München. Anlässlich des 40. Jahrestages des Oktoberfestattentats sprachen neben dem Bundespräsidenten, dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem Münchner Oberbürgermeister vier Überlebende des Anschlags. Die Veranstaltung selbst war Ausdruck einer sich verändernden Gedenkpolitik. Denn einer der schwersten rechtsterroristischen Anschläge der bundesdeutschen Geschichte war seit 1980 zum ersten Mal Anlass eines Staatsaktes. Erst in diesem Jahr ist er überhaupt offiziell als »rechtsextremistisch« anerkannt worden. In seiner Rede kam Steinmeier zu dem Schluss: »Der Rechtsextremismus hat tiefe Wurzeln in unserer Gesellschaft. Die Erinnerung an die vielen auch nach 1980 verübten rechtsextremistischen Terrortaten und an die große Zahl ihrer Opfer muss einen angemessenen Platz finden im kollektiven Gedächtnis unseres Landes.« In Halle bekräftigte er diese Einsicht: »München, Halle, Hanau: Es ist eine lange blutige Linie, die diese und viele andere Taten verbindet, eine Linie, die auch über die NSU-Morde und den Mord an Walter Lübcke führt. Rechtsextremismus reicht tief hinein



in unsere Gesellschaft und rechtsextremer Terrorismus weit zurück in unsere Geschichte. Diese Erkenntnis hat sich erst nach den NSU-Morden durchgesetzt, spät, sehr spät.« Die Morde und Anschläge werden nicht mehr als isolierte Einzeltaten ohne Bezug zueinander und außerhalb jedes Kontextes dargestellt. Hier zeigen sich kleine und längst überfällige Veränderungen.

Nichtoffizielles Gedenken als Impuls

Es waren vor allem das Engagement und lautstarke Einfordern Betroffener, Communities, Antirassist*innen und Antifaschist*innen, die zu diesen Ansätzen eines Wandels geführt beziehungsweise das Gedenken überhaupt erst angestoßen haben. Dank der Arbeit zahlreicher Initiativen ist es in der Vergangenheit immer wieder gelungen, das Schweigen zu durchbrechen und rechte Morde oder Anschläge öffentlich zum Thema zu machen. Mit jährlichen Demonstrationen beispielsweise forderten sie Haltung von offizieller Seite ein und erreichten dies auch in Form von Gedenkorten, wie in Hoyerswerda, oder Straßenumbenennungen, wie in Dresden. Gedenken einzufordern, widersetzt sich der Leugnung rechter Strukturen und der Ignoranz gegenüber Rassismus. Und dennoch gelang es selten, eine nachhaltige Auseinandersetzung in Gang zu setzen. Und auch hier fehlten häufig die Stimmen Betroffener.

Der NSU-Komplex war eine Zäsur im nichtoffiziellen Gedenken. Antirassistische und antifaschistische Erinnerungspraxis wurde hinterfragt, Inhalte und Ziele diskutiert. 2015 war die Reflexion bisheriger Ansätze und die Suche nach angemessenen Formen des Erinnerns Gegenstand eines dreitägigen Kongresses in Leipzig. Auch die Beschäftigung in Kunst, Kultur und Wissenschaft mit der Frage an was wir warum und auf welche Weise erinnern, liefert neue Impulse für eine sich verändernde Gedenkpraxis.

Heute ist der Anspruch, Betroffenen und Angehörigen zuzuhören, zu einem Maßstab geworden. In Filmen, Webdokumentationen, Ausstellungen oder Büchern geht es um die Darstellung verschiedener Perspektiven und die Hör- und Sichtbarmachung von bisher ausgeblendeten Blickwinkeln. Es geht darum, Räume zur Auseinandersetzung zu schaffen – ob bauliche oder interaktive. Statt statischer Denkmäler sind mit Betroffenen geschaffene Orte einer lebendigen Erinnerungskultur das erklärte Ziel. In die Entstehung des Konzeptes für ein antirassistisches Mahnmal in der Kölner Keupstraße sind Betroffene von Beginn an eingebunden gewesen: von der Planung eines Denkmalwettbewerbs über die Entwicklung der Entwürfe in Werkstattgesprächen bis zur Entscheidung für einen interaktiv gestalteten Platz als Treff-, Lern- und Gedenkort. Die Webdokumentation gegenuns.de zeigt Betroffene im Gespräch über rechte Gewalt nach 1990 und dokumentiert die Lebensgeschichten der Menschen, die angegriffen wurden.

Todesopfer rechter Gewalt und die Geschichte rechten Terrors in Deutschland erhielten in den letzten Jahren neue Aufmerksamkeit. Gedenkinitiativen arbeiten zu früheren, bisher wenig bekannten Ereignissen. Initiativen suchen Aufklärung, wie im Fall Burak Bektaş in Berlin oder eines tödlichen Brandanschlags 1984 in Duisburg. Vor dem Hintergrund des NSU-Komplexes gewann die Suche nach Antworten in ungeklärten Fällen, das Einfordern von Wahrheit und Gerechtigkeit, die Fragen nach Motiven, Strukturen und Kontinuitäten an Bedeutung. Das ist ebenso wie das Anprangern der gesellschaftlichen Grundlagen seither untrennbar verbunden mit dem Gedenken an die Opfer und das Erinnern an die Taten.

Gedenken als Selbstermächtigung und solidarische Praxis

Heute verschaffen sich betroffene Stimmen Gehör, werden selbst zu den Akteur*innen des Erinnerns – in der Keupstraßen-Initiative, mit dem »NSU-Tribunal«, den »Migrantifa«-Kundgebungen in Hanau oder den »Black Lives Matter«-Demonstrationen. Es geht um Selbstermächtigung. Unter dem Titel »Migrantifa jetzt!« schrieben »Tribunal« und »We'll come united« nach Hanau in der tageszeitung: »Wir nehmen uns das Recht, uns selbst zu verteidigen. Wir fordern die solidarische Gesellschaft auf, mit uns für die Unversehrtheit unseres Lebens und unseres Zusammenlebens zu demonstrieren und uns dafür stark zu machen, dass den Nazis und Rassist*innen das Handwerk gelegt wird. […] Wir sagen aber auch, dass uns der Rassismus nicht vertreiben wird, sondern wir diese Gesellschaft für immer geprägt und verändert haben. Für eine migrantische, jüdische, Schwarze Perspektive.« Der Begriff der Solidarität hat an Bedeutung gewonnen, auch ganz praktisch. Das zeigte sich in Halle, als am 7. Oktober bei einer Gedenkkundgebung mit mehreren hundert Menschen den Betreibern des Kiez-Döners knapp 30.000 Euro überreicht wurden, Spenden aus einer Sammlung der Jüdischen Studierendenunion für die auch in wirtschaftlicher Hinsicht stark getroffenen Brüder Tekin.

Diese Erinnerungs- und Gedenkpraxen forcieren einen gedenkpolitischen Wandel. Ayse Güleç und Lee Hielscher stellen in ihrem Text »Zwischen Hegemonialität und Multiplität des Erinnerns« 2015 fest: »Eine nicht-staatliche Gedenkpolitik fungiert als Korrektiv einer hegemonialen Geschichtsschreibung, definiert Leerstellen von Anerkennung, macht auf diese aufmerksam und reklamiert damit Veränderungen des kollektiven Gedenkens.« Es werde versucht, sich mit eigenen Positionen einzubringen und Verschiebungen zu bewirken, denn kollektive Erinnerung ist als ein umkämpftes Terrain anzusehen. Sich Erinnern ist mehrdimensional und heterogen. Werden diese multiplen Erinnerungen sichtbar, aktualisiert das Erinnerungskultur und wirkt damit auch verändernd in die Gesellschaft.

#Instrumentalisierung

Alle sind die Weiße Rose

Sophie Scholl war eine Widerstandskämpferin gegen die NS-Diktatur, sie wurde 1943 aufgrund ihres Engagements in der Weißen Rose hingerichtet. »Querdenken« instrumentalisiert die mutige Studentin und stellt sich im Zuge der Proteste gegen die Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie in die Tradition ihres Widerstandes gegen den Nationalsozialismus.

von Timo Büchner

Forchtenberg, eine Kleinstadt mit 5.000 Einwohner*innen im Nordosten Baden-Württembergs, ist die Geburtsstadt von Sophie Scholl. Im Stadtbild ist die Weiße Rose bis heute präsent: Der mit weißen Rosen umsäumte Hans- und Sophie-Scholl-Pfad erinnert an die Biografien der Geschwister. Im Eingangsbereich des Rathauses, das den Startpunkt des Pfads markiert, steht eine Büste von Sophie Scholl. Zudem trägt die Grundschule den Namen der Widerstandskämpferin. Auf dem Sportplatz dieser Grundschule veranstaltete »Querdenken 713 – Heilbronn« am 22. August 2020 eine Kundgebung »zu Ehren der Weißen Rose«. Alexander Staengle (Heilbronn), der die Versammlung für 2.000 Menschen angemeldet hatte, betonte gegenüber den letztlich etwa 250 Teilnehmer*innen aus der Großregion, man gehe »gegen einen totalitären Staat« auf die Straße. Zwar erklärte die Moderatorin Kerstin Herbold (Heilbronn) zu Beginn ihrer Rede: »Ich möchte uns nicht mit dem Dritten Reich vergleichen […]. Unsere Regierung ist nicht die Hitler-Regierung.« Aber nur einen Moment später sagte Herbold, sie sei im Zuge der Covid-19-Pandemie »zwangspolitisiert« worden – »ein bisschen wie Sophie Scholl«. Im Verlauf ihrer Rede lobte sie die Entschlossenheit und den Mut der Widerstandskämpferin, für ihre Freiheit einzustehen. Sie zitierte aus dem ersten Flugblatt der Weißen Rose: »Nichts ist eines Kulturvolkes unwürdiger, als sich ohne Widerstand von einer verantwortungslosen und dunklen Trieben ergebenen Herrscherclique ‹regieren› zu lassen.« Bekräftigt wurde dieses Zitat durch die nachfolgende, die »Klagepaten« vertretende Rednerin Tina Romdhani: »Genau, das ist Realität in Deutschland heute!«

Prominenz

Hauptredner der Veranstaltung war der 1958 geborene Julian Aicher aus Leutkirch im Allgäu. Er ist ein Neffe der Geschwister Scholl. Wie Herbold erklärte Aicher, der seit 2014 für die Ökologisch-Demokratische Partei im Kreistag von Ravensburg sitzt, die Bundesrepublik sei »nicht das Dritte Reich«. Dennoch beteiligte er sich an der Kundgebung ausdrücklich als Bürger und als Verwandter der Geschwister Scholl. In seiner Rede verwies Aicher auf einen Offenen Brief vom 23. Mai 2020 an die Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth. Die Verfasser des Briefes – Aicher, Peter Finckh und Berthold Goerdeler – schrieben, sie machten sich »ernsthafte Sorgen um unsere Grundrechte« und fragten, wann die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie enden würden. Weshalb ausgerechnet die drei Männer den Offenen Brief geschrieben haben, begründeten sie mit der Tatsache, sie seien Nachfahren von Widerstandskämpfern gegen das NS-Regime: »In diesem Zusammenhang bitten wir um Ihr Verständnis dafür, dass uns die Wahrung der im Grundgesetz garantierten Grundrechte besonders am Herzen liegt.« Aicher bewegt sich seit mehreren Jahren in verschwörungsideologischen Kreisen: Nachdem er bereits Mitte Oktober 2017 das Gespräch mit »KenFM« gesucht hatte, um über die Geschichte seiner Familie zu sprechen, behauptete er am 20. April 2020 in einer Neuauflage des Gesprächs mit Ken Jebsen, die Bundesregierung sei eine »Notstandsregierung« – nachdem Jebsen das düstere Bild einer Diktatur gezeichnet hatte, in der die Grundrechte »abgeschafft« seien. In Forchtenberg wurde erneut deutlich, dass er keine Berührungsängste zur Medienszene der extremen Rechten hat. Denn nach seiner Rede gab er dem YouTuber Stefan Bauer von der »Alternative für Deutschland« (AfD) Rosenheim ein Interview.

Reaktionen

Er sei der einzige Neffe der Geschwister Scholl, der sich im Sinne der »Querdenken«-Bewegung engagiere, so Julian Aicher. In der Tat distanzierten sich die vier Neffen Jörg, Martin und Thomas Hartnagel sowie Florian Aicher in einer Pressemitteilung vom Auftritt von Julian Aicher. Noch 2017 hatten die fünf eine gemeinsame Erklärung gegen das »Sophie Scholl würde AfD wählen«-Plakat des AfD-Kreisverbandes Nürnberg Süd/Schwabach veröffentlicht.

Gegen die »Querdenken«-Kundgebung und die Instrumentalisierung des NS-Widerstands protestierten nicht nur Florian Aicher, Jörg, Martin und Thomas Hartnagel, sondern auch etwa 70 Einwohner*innen aus Forchtenberg. Die Anmelder*innen des Protests erklärten, man müsse die Erinnerung an die Weiße Rose wachhalten und sich weh-



*Auch in Berlin versuchten Coronaleugner*innen und Verschwörungsgläubige, die Geschwister Scholl zu instrumentalisieren.*

ren, wenn diese Erinnerung missbraucht werde. Im Protestaufruf wiesen sie auf die systematische NS-Relativierung und Opferinszenierung von »Querdenken«-Demonstrant*innen hin. Sie erinnerten beispielsweise an das Tragen von »Ungeimpft«-Aufnähern und -Shirts im Stil des »Judensterns«. Des Weiteren machten die Anmelder*innen auf die mangelnde Unterstützung durch lokale Politiker*innen aufmerksam. Zwar veröffentlichte der Landrat gemeinsam mit dem Bürgermeister eine Stellungnahme, in der sie die »Querdenken«-Kundgebung als »unangemessen und realitätsfremd« bezeichnen, jedoch blieb eine Beteiligung am Gegenprotest aus.

Forchtenberg ist keineswegs der einzige Ort in Baden-Württemberg, der mit den Geschwistern Scholl in Verbindung steht und von »Querdenken« instrumentalisiert wurde: Crailsheim – der Geburtsort von Hans Scholl – und Ulm – ab 1932 Wohnort der Geschwister Scholl – gerieten wiederholt in die Schlagzeilen, weil die lokalen »Querdenken«-Ableger den Widerstand gegen das NS-Regime mit dem »Widerstand« der Verschwörungsgläubigen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie auf eine Ebene stellten. Nachdem »Querdenken 731 – Ulm« einen Flyer mit »Weiße Rose«-Bezug verteilt hatte, folgte eine Debatte über die Legitimität des NS-Vergleichs. Der Oberbürgermeister der Stadt Ulm, Gunter Czisch, nannte die Vereinnahmung der Weißen Rose eine »Unverfrorenheit«. Ein Angebot für einen Dialog mit »Querdenken« und Julian Aicher schlug Czisch aus. Aicher sprach am 20. September 2020 und verteidigte seine mehrfachen »Querdenken«-Auftritte in Süddeutschland.

Motive

Ob Crailsheim, Forchtenberg oder Ulm: Die Organisator*innen und Redner*innen der »Querdenken«-Versammlungen lieferten ein Musterbeispiel für die systematische Parallelisierung zwischen NS-Diktatur und Bundesrepublik. Was motiviert sie, eine Parallele zum NS-Widerstand zu ziehen? Für einige mag Aufmerksamkeit der Grund sein, denn die – absolut berechtigte – öffentliche Empörung über die historische Parallelisierung ist gewiss. Aber der Blick in die lokalen »Querdenken«-Telegram-Kanäle zeigt auch: Viele sind der festen Überzeugung, dass sie tatsächlich in einer Diktatur leben und wähnen sich im Freiheitskampf gegen den Faschismus. Wie die Geschwister Scholl. Das offenbart die Geschichtsunkenntnis und zeigt auf erschreckende Weise, wie sehr Verschwörungsmythen den Blick auf die Realität verzerren können. Die Moderatorin des »Querdenken«-Protests in Forchtenberg, Kerstin Herbold, erklärte am 10. Oktober 2020 in Berlin, seit der Kundgebung »zu Ehren der Weißen Rose« spüre sie den »Rückhalt der Geschwister Scholl«. Herbold, die sich auf einer Mission gegen die faschistische Schreckensherrschaft wähnt, bringt die eigene Überhöhung auf den Punkt.

#Leipzig

Von Thor Steinar bis Rudolf Steiner

von Volkmar Wölk



Leipziger Allerlei – wir alle kennen es, nicht alle mögen es. Das Rezept »nach Uroma Art« erfordert Erbsen, Karotten, Kohlrabi, Blumenkohl und Lotteriegemüse. Lotteriegemüse? Wer hat das Stückchen Spargel erwischt, das in der Masse versteckt ist? Es gibt auch die edle Variante des Leipziger Allerleis. Sie erfordert Krebsschwänze, Spitzmorcheln, Erbsen, Möhren, Blumenkohl, viel Spargel. Hier gibt es keinen Dissens. Das ist lecker. Punkt.

Was sich am Samstag, dem 7. November 2020, mitten in Leipzig auf dem Augustusplatz versammelt hatte, war zwar auch eine Art »Leipziger Allerlei«, war aber ganz und gar nicht lecker. Es war schlicht ungenießbar und unerträglich. Geladen hatte die Stuttgarter Bewegung »Querdenken« um den dortigen Oberbürgermeisterkandidaten Michael Ballweg. Dieser war auch für die beiden Großveranstaltungen in Berlin verantwortlich gewesen, an deren Rand es zum »Sturm auf den Reichstag« gekommen war. Als »Querdenker*innen« auftretend hatten dort zahlreiche Beobachter*innen stattdessen eine »Querfront« gesehen, die sich angeblich von links bis rechts erstreckte.

Die Fachleute von »Miteinander e. V.« dagegen sprechen von einer »rechten Mischszene«. Dieses Spektrum weise durchaus eine »ideologische Diversität« auf. Es reiche von Milieus, die in der Esoterik oder besonders deren Teilmenge Anthroposophie verankert seien, über Reichsbürger*innen und sogenannte Selbstverwalter*innen sowie Prepper und Impfgegner*innen bis hin zu den Akteur*innen der extremen Rechten in all ihren Schattierungen: von der NPD bis zur »Alternative für Deutschland«, von rechten Hooligans bis zu Kampfsportlern. Eben eine Mischung von Thor Steinar bis Rudolf Steiner. Georg Restle von »Monitor« spitzt angesichts ihrer Blitzradikalisierung diese rechte Mischszene mit einem Begriff zu, der zumindest einen Wahrheitskern hat: »Querschisten«.

Die meditierende Esoterikerin oder der bunt gekleidete, tanzende Friedensaktivist mit ihren verklärten Gesichtern passen scheinbar nicht zu den muskelbepackten Nazi-Gestalten, die eine neue Form des »Kampfs gegen das System« für sich entdeckt haben. Doch gibt es genügend inhaltliche Schnittstellen für eine Zusammenarbeit. Es gibt Schlagworte, unter denen man sich zusammenfindet: die »Merkel-Diktatur« von PEGIDA ist zur »Corona-Diktatur« oder der »Impf-Diktatur« geworden. Antisemitische Anspielungen sind in diesem Zusammenhang häufig. Der gelbe Stern für die Jüdinnen und Juden in der NS-Zeit wird einfach mit dem Zusatz »ungeimpft« versehen.

Das wesentliche Schlagwort für den 7. November in Leipzig lautete allerdings »DDR 2.0« als Beschreibung für den Zustand, in dem wir angeblich leben, und zugleich als Zuspitzung jener Verhältnisse, die bekämpft werden sollen. Es sollte ein historischer Marsch an historischer Stelle und zum historischen Datum werden. Es war nicht weniger als ein ‹Reenactment› des Umbruchs in der DDR vorgesehen. In der »Heldenstadt Leipzig« wollte man unter Nutzung der Symbole der »Friedlichen Revolution« den Startschuss für deren Neuauflage geben. Die gewünschten Bilder entstanden. Kerzen wurden vor der ehemaligen Bezirkszentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in Leipzig aufgestellt, fast der gesamte Innenstadtring und damit der Ort der historischen Montagsdemonstrationen wurde umrundet. Mit Pfarrer Christoph Wonneberger stand ein wichtiger und bis heute ebenso bekannter wie anerkannter Leipziger Wendeakteur auf der Redebühne.

Dass dieser Plan in einem solchen Umfang aufgehen würde, stand bis zum Morgen des Demonstrationstages nicht fest. Als die Organisator*innen am Vorabend ihr Equipment auf dem Augustusplatz aufbauen wollten, wurden sie von den Behörden daran gehindert. Schließlich hatte das Verwaltungsgericht Leipzig am gleichen Tag im Sinne der Versammlungsbehörde der Stadt Leipzig entschieden, die Versammlung müsse auf die Parkplätze der außerhalb der Innenstadt gelegenen Neuen Messe verlegt werden. Auch sollte die Demonstration ausfallen und lediglich eine Kundgebung stattfinden dürfen. Der Augustusplatz sei schlicht für die zu erwartende Teilnehmendenzahl zu klein, um die Einhaltung der Infektionsschutzmaßnahmen zu gewährleisten. So weit, so gut. Das Versammlungsrecht wäre gewährleistet gewesen, die Infektionsgefahr gemindert, die Inbesitznahme der historischen Ereignisse nicht möglich gewesen, eine Durchmischung von Demonstrierenden und Bevölkerung in der Innenstadt deutlich erschwert worden.

Leipzig läge nicht in Sachsen, wenn es tatsächlich bei dieser positiven Variante geblieben wäre. Was dann folgte, lässt sich nur mit dem Begriff ‹Staatsversagen› angemessen beschreiben. Es ist müßig darüber zu streiten, welche staatlichen Akteur*innen dabei das größte Ausmaß an Versagen an den Tag legten. Das sächsische Oberverwaltungsgericht in Bautzen, der Hochburg der Neonazis, Verschwörungsgläubigen und Esoteriker*innen, hebelte umgehend das Urteil der unteren Instanz aus. Dabei folgten die Richter sogar dem Anliegen der klagenden Querdenker*innen, die Nutzung des Topos »Friedliche Revolution« sei für sie zentral. »In Anbetracht der von Art. 8 Abs. 1 GG geschützten Prioritätensetzung des Antragstellers, nach der die Wahl des Versammlungsorts wegen der Erinnerung an das abgesagte Lichterfest und die friedliche Revolution für ihn entscheidend sei, belastet die tenorierte Beschränkung der Teilnehmerzahl den Antragsteller zudem weniger als die von ihm abgelehnte Verlegung.« So die Urteilsbegründung, die erst Tage nach dem Desaster vorgelegt wurde.

An der Unabhängigkeit der Richter*innen lässt ausgerechnet eine in kleiner Auflage erscheinende Zeitschrift zweifeln, die »Sächsischen Verwaltungsblätter«. In deren November-Ausgabe ist ein Aufsatz unter dem Titel »Nächste Epidemie Grippe? Zum Ausstieg aus der Corona-Pandemie« zu lesen. Darin die Sätze: »Die Krankheit Covid-19 ist im Vergleich mit der gewöhnlichen Grippe keine wesentlich schlimmere. Die öffentliche Gesundheitsversorgung ist nicht kollabiert.« Die Redaktion des Monatsblattes besteht aus drei Richtern. Einer von ihnen ist Matthias Dehoust, Vorsitzender Richter am OVG Bautzen. Sein Senat ist zuständig für Versammlungsrecht.

»Beschränkung der Teilnehmerzahl« bedeutete schlicht, dass das Gericht davon ausging, den Infektionsschutzbedingungen bei 16.000 Teilnehmenden könne Genüge getan werden. Der Umstand, dass das Anliegen der Demonstrierenden erwarten ließ, dass diese Bestimmungen ihnen ohnehin völlig egal waren und dass davon ausgegangen werden musste, dass sie missachtet werden würden, interessierte die Jurist*innen nicht. Sie berücksichtigten in keiner Weise, dass die Erfahrungen mit solchen Kundgebungen in den letzten Wochen in Sachsen nachdrücklich zeigten, dass genau dies der Fall sein würde. Die Teilnahmer*innenzahlen waren dabei zugleich jeweils deutlich höher gewesen als in den Anmeldungen angegeben. Was tun, wenn die Zahl von 16.000 überschritten werden würde? Auch darauf keine Antwort im Urteil. Bereits kurz nach Beginn schätzte die Polizei die Anwesenden auf mehr als 20.000 Menschen; die Forschungsgruppe »durchgezählt« kam auf 45.000.

45.000, darunter einige tausend kampferprobte Neonazis. Auffällig an jenem Tag war die hohe Zahl an rechten Kampfsportlern. Als sich die Versammlungsbehörde endlich durchsetzte und die Veranstaltung wegen der massiven Auflagenverstöße auflöste, war es bereits viel zu spät. Im Wortsinne. Der Einbruch der Dunkelheit stand kurz bevor. Der Ausbruch der Kundgebungsteilnehmer*innen, die ihren verbotenen Marsch trotzdem durchführen wollten, ebenso. Die Polizei, die mit 21 Hundertschaften, Reiterstaffeln und allem verfügbaren schweren technischem Gerät im Einsatz war, wurde schlicht überrannt und ließ den Mob gewähren. Berühmt inzwischen das Fazit des Polizeipräsidenten: »Damit stellt sich die Frage der Verhältnismäßigkeit der Mittel. Gewalt einzusetzen war für uns nicht angezeigt. Man bekämpft eine Pandemie nicht mit polizeilichen Mitteln, sondern nur mit der Vernunft der Menschen.« Was er nicht erwähnte, war der Umstand, dass ganze zwei seiner Hundertschaften gegen die Menge aufgeboten worden waren.

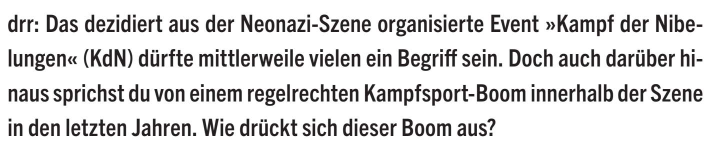
Das Desaster nahm seinen Lauf. Die »Querschisten« hatten das ersehnte Erfolgserlebnis bekommen. Der Herbst 1989 hatte sich scheinbar wiederholt. Das gute Volk erhebt sich erfolgreich gegen die böse Staatsmacht. Die Rufe »Friede, Freiheit, keine Diktatur« hatten sich sehr schnell in drohende Sprechchöre »Straße frei!« gewandelt. Nichts schafft so sicher Erfolg wie der Erfolg. Für die kommenden Veranstaltungen dieser Art verheißt dies allerdings nichts Gutes.

#Kampfsport

»So wird Migration als Kampf dargestellt«



Unter dem Titel »Ihr Kampf – Wie Europas extreme Rechte für den Umsturz trainiert« erschien kürzlich erstmals ein Buch, das sich dem Verhältnis zwischen Kampfsport und der extremen Rechten widmet. Mit dem Herausgeber, Robert Claus, sprach Sascha Schmidt für »der rechte rand«.



drr: Das dezidiert aus der Neonazi-Szene organisierte Event »Kampf der Nibelungen« (KdN) dürfte mittlerweile vielen ein Begriff sein. Doch auch darüber hinaus sprichst du von einem regelrechten Kampfsport-Boom innerhalb der Szene in den letzten Jahren. Wie drückt sich dieser Boom aus?

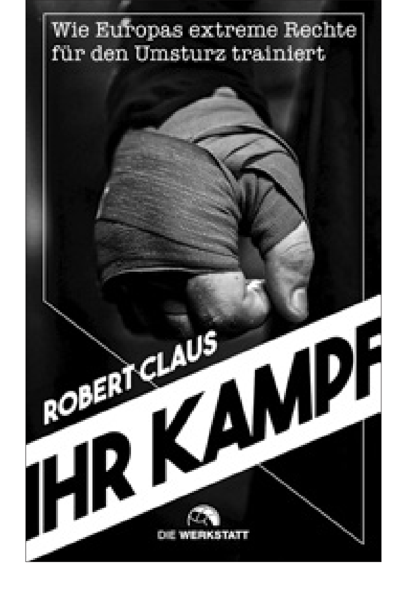
Robert Claus: Der KdN als Event ist ja nur die Spitze des Eisberges. Denn er kann nur als Wettkampfevent stattfinden, da es genügend Kämpfer in der Szene gibt. Das wiederum rührt daher, dass es mittlerweile kaum eine extrem rechte Organisation gibt, die nichts mit Kampfsport zu tun hat. Die Partei »Der III. Weg« bietet Thaiboxen und andere Kampfsportformate an, die sich auch an junge Hooligans richten: In Erfurt sieht man, wie »Der III. Weg« mit Hooligans vom »Jungsturm« vernetzt ist. Die »Identitäre Bewegung« bietet in ihrem Sommerlager Kickboxtrainings an. Kameradschaften wie die »Baltic Korps« aus Mecklenburg-Vorpommern haben sich zu extrem rechten Fightclubs entwickelt. Zudem ist hier mittlerweile ein eigener Wirtschaftszweig entstanden. Dieser umfasst den Verkauf von T-Shirts und Trainingsutensilien, wodurch sich die Szene ein Stück weit finanziert. Wenn man sich das Sponsoren-Netzwerk des KdN anschaut, sieht man deutsche Firmen wie »Black Legion Wear« oder »Greifvogel Wear« aus Brandenburg. Letztere wiederum gehört zum RechtsRock-Label »OPOS-Records«. Man findet aber auch internationale Marken wie »Pride France«. Das alles zusammengenommen macht deutlich, warum ich von einem Kampfsport-Boom in der rechten Szene spreche. Neu ist also nicht der Kampfsport in der rechten Szene, sondern der kommerzialisierte Boom.

Der Begriff Kampfsport ist mit Blick auf die Vielzahl unterschiedlichster Stile recht unkonkret. In welchen Stilen fand der von dir beschriebene Boom statt und warum?

Kampfsport ist ein Container-Begriff. Unter dem, wenn man ihn weit fasst, im Grunde Kampfsport als Wettkampfsport, Kampfkunst und Selbstverteidigung gefasst wird. Wenn man sich den KdN anschaut, werden dort vor allem Mixed Martial Arts (MMA), K1 – eine Abwandlung vom Kickboxen – und Boxen angeboten. Es sind vor allem Disziplinen, die zum Straßenkampf und für reale Kampfsituationen taugen. Es sind hauptsächlich Vollkontaktsportarten, mit denen man sich für gewalttätige Auseinandersetzungen auf der Straße rüsten kann. Eher an Kampfkunst orientierte Stile wie Aikido sind hier weniger von Belang.

Im Buch zeigt ihr auf, dass von Mussolinis faschistischer Bewegung in Italien, der Förderung des Boxsports im Nationalsozialismus über die Vermittlung von Kampfsport in den Wehrsportgruppen der 1970er Jahre bis heute eine Kontinuitätslinie zu erkennen ist. Wie lässt sich diese Kontinuität mit Blick auf die Ideologie der extremen Rechten erklären?

Faschisten und Neonazis interpretieren Leben als Kampf, als sozialdarwinistische Auseinandersetzung. Es dreht sich immer darum, welche Gruppe, in ihrem Sprech: welches Volk, überlebt. Meist wird dies verbunden mit dem Beschwören gesellschaftlicher Krisen. Das sehen wir ja auch in den extrem rechten Narrativen vom »Großen Austausch« oder der sogenannten »Umvolkung«. Es wird beschworen, dass eine deutsche autochthone oder eine weiße europäische Bevölkerung gegen Migranten aus Nordafrika oder muslimisch geprägten Ländern aus dem arabischen Raum ausgetauscht werden soll. So wird Migration als Kampf dargestellt, für den man sich rüsten muss. Demzufolge passt es auch in eine extrem rechte Strategie, dass sie jeden gewalttätigen Vorfall, an dem Geflüchtete in den letzten Jahren beteiligt waren, zum »Kampf um das völkische Überleben« hoch gebauscht haben und zudem viele angebliche Vorfälle frei erfanden. Der Kampfsport-Boom findet genau in diesem Diskurs statt. Die große kontinuierliche Linie ist also, dass alle faschistischen Bewegungen Leben und Politik immer als Kampf dramatisieren und sich für diesen physisch rüsten. Und diese historische Linie kann man vom Boxen in der Hitler-Jugend bis zu Kampf- und Wehrsportübungen früherer und heutiger Neonazis in Deutschland, aber auch zu faschistischen Einheiten im Krieg im Donbass in der Ukraine ziehen.



Werkstatt Verlag
224 Seiten
1. Auflage 2020

Du beschreibst, dass die Kampfsportangebote der extremen Rechten in den letzten Jahren zunehmend auch Mischszenen, wie Hooligan-Gruppen erreicht haben. Siehst du hier die Gefahr neuer Rekrutierungspotentiale für die Neonazi-Szene?

Ja, die sehe ich. Sie sind nur nicht ganz so neu. Extrem rechte Parteien und Kameradschaften haben schon immer versucht, in der Hooligan-Szene zu rekrutieren, um das Gewaltpotential dort abzuschöpfen. Da kann man zurückgehen bis zu Michael Kühnen, der in den 1980er Jahren dazu aufgerufen hat, unter Hooligans eine neue »Straßen-SA« zu rekrutieren. Neu in der Hooligan-Szene ist, dass sich diese in den letzten 40 Jahren im Grunde von einer Kultur der Straßenrandale hin zu einem professionalisierten, europäischen Kampfsportwettbewerb entwickelt hat. Und da geht die Neonazi-Szene mit, um von dieser Entwicklung zu profitieren.

Man muss den Kampfsport innerhalb der extremen Rechten auch als Teil einer rechten Erlebniswelt verstehen. Es ist kein Zufall, dass die meisten extrem rechten Kleidungsmarken im Kampfsport auch zu Musiklabels gehören und der KdN auf dem Neonazi-Festival »Schild und Schwert« angeboten wurde. Das heißt, Musik und Kampfsport werden genutzt, um eine Eventkultur aus Männlichkeit und Action zu bieten, um darüber für die eigene Szene zu rekrutieren.

Das Buch beschreibt sehr umfangreich die internationale Landschaft extrem rechter Kampfsportaktivitäten. Wo haben sich diese Szenen besonders entwickelt?

Grundsätzlich kann man sagen, dass die Kampfsportaktivitäten in allen extrem rechten Szenen Europas existieren. Es gibt sie in Spanien, Italien, Frankreich, Tschechien über Skandinavien bis Ungarn und Griechenland. Meine Gastautor*innen widmen sich diesen Ländern. Gerade die Entwicklung in Osteuropa ist relevant. Das hat auch mit den großen, militanten Hooligan-Szenen dort zu tun. Das Netzwerk des KdN reicht bis in die Ukraine und Russland, wo es auch ähnliche Turniere gibt. Die Firma »White Rex« wurde von dem deutsch-russischen Hooligan Dennis Kapustin gegründet. Der hat schon zu Beginn der 2010er Jahre solche Turniere in Russland durchgeführt. Kiew wiederum ist mittlerweile das Eldorado des Kampfsport-Neonazi-Spektrums. Weil dort aufgrund der weitestgehenden staatlichen Sanktionslosigkeit viele rechte Musikfestivals und Kampfsportevents – oft miteinander verknüpft – stattfinden.

Wie ausgeprägt sind hier die internationalen Verbindungen nach Deutschland?

In der Ukraine traten regelmäßig deutsche Neonazi-Bands wie »Frontalkraft« auf. Zudem haben sich staatlichen Schätzungen zufolge rund 150 Deutsche dem ukrainischen Militär angeschlossen, darunter viele Neonazis im nationalsozialistischen Asow-Regiment. Das zeigt die ganze Tragweite des Themas. Man könnte ja verharmlosend sagen: Wenn Neonazis Kampfsport treiben, stehen sie im Ring und verprügeln sich – das ist doch nicht weiter schlimm. Ich würde genau das Gegenteil sagen: Sie professionalisieren ihre Gewalt, sie rüsten sich für den Straßenkampf und 150 Deutsche sind letztlich auch in den Krieg gezogen, um militärische Erfahrung zu sammeln. Das ist ein Gewalt- und Waffenpotenzial, das höchst gefährlich ist. Wenn diese Kämpfer nach Deutschland zurückkehren, bleibt dies eine Bedrohung auf viele Jahre.

In der Auseinandersetzung mit dem Thema Kampfsport und extreme Rechte bemängelst du das Fehlen einer fachlich fundierten Debatte in Zivilgesellschaft, Sportschulen und -verbänden sowie seitens politischer Entscheidungsträger*innen. Was muss sich deiner Meinung nach hier ändern?

Ich fange mal an mit einer Problembeschreibung: Überraschenderweise konnte mir in meiner Recherche keine deutsche Behörde sagen wie viele Kampfsportgyms und -verbände es gibt. Folglich gibt es auch keine Standards für Präventionsarbeit gegen Gewalt, Diskriminierung und Rechtsextremismus. Obwohl ich schon sehr lange dazu arbeite, kenne ich kaum ein Gym, das mal eine Bildungsveranstaltung gemacht hat, zum Beispiel zum Umgang mit Neonazis. Was Gyms beispielsweise machen können, ist, sich Leitbilder geben, in denen sie ihre Haltung zu Diskriminierung und rechter Gewalt benennen. Sie können sich informieren, welche extrem rechten Kleidungslabels es gibt und diese in der Hausordnung verbieten.

Ich will aber auch nicht den Eindruck erwecken, dass alle Kampfsportbereiche extrem rechts gefährdet sind. Das wäre ja Unsinn. Nur bleibt die im Kampfsport vermittelbare Gewaltkompetenz für allerlei kriminelle und menschenfeindliche Gruppen interessant – nicht nur für Neonazis, sondern auch für Islamisten und Rocker beispielsweise. Ich habe aber auch viele tolle Leute kennengelernt, die dazu eine persönliche Haltung haben. Was jedoch fehlt, ist die breite Debatte über fachliche Standards, über die Frage: Was können Kampfsport und Kampfkunst in Fragen der Prävention eigentlich leisten?

Konntest Du infolge der Auseinandersetzung mit dem Thema auch positive Entwicklungen beobachten?

Ja, erst kürzlich. Nachdem der KdN 2019 verboten wurde, wollten sie dieses Jahr ein Online-Event machen. Nachdem einer der Videodrehs für den Stream staatlich verboten wurde, haben sie erklärt, sich aufgrund der juristischen Unsicherheiten auf ihre Kleidungsmarke zu beschränken. Fazit: Offensichtlich haben der zivilgesellschaftliche Druck sowie antifaschistische und journalistische Recherchen, die es gab, zu wirksamen staatlichen Maßnahmen geführt.

Vielen Dank für das Gespräch!

#Neukölln

Braunes Berlin

von Matthias Jakubowski



Die Hauptstadt ist eines der beliebtesten Reiseziele für Millionen von Tourist*innen aus der ganzen Welt. Sie ist bekannt für ihre Ost-West-Geschichte, den Mauerfall, das Brandenburger Tor, den Sitz des Parlaments oder eine ausgeprägte Clubkultur. Nicht zuletzt aufgrund hipper Szenebezirke wie Friedrichshain-Kreuzberg oder Nord-Neukölln dominiert in der öffentlichen Wahrnehmung ein postmigrantisches und von jungen alternativen Menschen geprägtes Bild der Stadt. Wird vom regierenden Rot-Rot-Grünen Senat mal wieder eine beliebte Kiezkneipe oder ein Hausprojekt unter dem Einsatz tausender Polizist*innen geräumt, wie zuletzt das »Syndikat« im Neuköllner Schillerkiez oder die Liebig34 im Friedrichshainer Nordkiez, ist Berlin bundesweit wegen Protesten der linken Szene im Gespräch. Gerne wird daher auch vom »roten Berlin« gesprochen. Womit Berlin weniger assoziiert wird, ist eine tiefe Verwurzelung militanter Neonazis – sieht man von bundesweit öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen wie dem »Rudolf-Heß-Gedenkmarsch« und den aktuellen Demonstrationen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ab. Doch es gibt dieses andere, das »braune Berlin«.

Spitzenreiterin bei rechter Gewalt

Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass das Bundesland seit Jahren konstant einen Spitzenplatz im Bereich rechtsmotivierter Straftaten einnimmt: Im Jahr 2018 wurden 1789 Fälle und im Jahr 2019 sogar 1932 Fälle registriert, davon 153 Gewaltdelikte. Von Januar bis Juli 2020 liegt Berlin mit bisher 50 registrierten Gewaltdelikten und 879 sonstigen Straftaten von rechts auf Platz eins. Auch bei antisemitischen Straftaten von rechts liegt Berlin mit bisher 137 im Jahr 2020 weit vor anderen Bundesländern. Dass es in der Hauptstadt eine durchaus beträchtliche Empfänglichkeit für rechte Ideologien gibt, die der Nährboden für solche Straftaten sind, zeigen die 12 Prozent für die »Alternative für Deutschland« (AfD) bei der Bundestagswahl 2017 und sogar 14,2 Prozent ein Jahr zuvor bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus, mit der zeitgleich 95 Vertreter*innen der Partei in die Bezirksverordnetenversammlungen gewählt wurden.
Die Geschichte rechter Gewalt in der Stadt ist lang. Die beginnenden 1990er Jahre sind geprägt von wöchentlichen Angriffen durch Neonazi-Skinhead-Gruppen auf linke Hausprojekte sowie die rassistischen Brandanschläge auf Geflüchtetenunterkünfte in Pankow,

Weißensee und Hohenschönhausen. In den 1990er Jahren erlebt Berlin eine Vielzahl neonazistischer Morde. Am 7. Januar 1990 kommt es auf dem Gelände der Freien Universität zu einem rassistisch motivierten Angriff auf den Doktoranden Mahmud Azhar, der am 6. März 1990 an seinen Verletzungen stirbt. Am 11. Dezember 1990 stirbt Klaus-Dieter Reichert, als er in seiner Wohnung in Lichtenberg von rechten Skinheads zusammengeschlagen wird und daraufhin in Panik aus dem Fenster springt. Am 13. November 1991 stirbt der 19-jährige Mete Ekşi an schweren Kopfverletzungen, nachdem er am 27. Oktober 1991 von Nazis auf dem Kurfürstendamm zuerst rassistisch beleidigt und dann verletzt wurde. Am 24. April 1992 wird Nguyen Van Tu in Marzahn erstochen, als er zwei von rechten Jugendlichen bedrängten Freunden helfen wollte. Der Obdachlose Günter Schwannecke verstirbt am 5. September 1992, nachdem er am 29. August von einem Mitglied des »Ku-Klux-Klans« auf einer Parkbank in Charlottenburg mit einem Baseballschläger zusammengeschlagen wurde. Am 21. November 1992 wird Silvio Meier erstochen. Es folgt die Ermordung von Beate Fischer am 23. Juli 1994 in Berlin-Reinickendorf durch drei Skinheads und der Mord an Jan W. am 26. Juli 1994, der von Jugendlichen in die Spree getrieben und am Zurückschwimmen gehindert wird. Zur Jahrtausendwende erlebt Berlin die Morde an Kurt Schneider, der am 6. Oktober 1999 von Skinheads in Lichtenberg zu Tode gequält wird, an Dieter Eich am 25. Mai 2000, von rechten Jugendlichen in Berlin-Pankow erstochen, und Ingo Binsch, der am 6. November 2001 von Nazis in seiner Wohnung so lange getreten, geschlagen und gewürgt wird, bis er an einem Herzinfarkt stirbt.

Verwurzelung in Neukölln

Neonazistische Aktivitäten verteilen sich bis heute über das gesamte Stadtgebiet. Während im Ostteil die Bezirke Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg besonders betroffen sind, ist es im Westteil der Stadt seit vielen Jahren Neukölln. Das hängt vor allem mit der dortigen Verwurzelung rechter Organisationen zusammen. Nachdem Mitte der 2000er Jahre die Lichtenberger »Kameradschaft Tor« (KS Tor) und die »Berliner Alternative Süd-Ost« (BASO) verboten wurden, wurde der »Nationale Widerstand Berlin« (NW) zum wichtigsten Knotenpunkt der Vernetzung militanter und aktionsorientierter Neonazis. Da es in den vergangenen 20 Jahren immer wieder eine enge Vernetzung zwischen militanten Neonazis und der NPD gegeben hat, verwundert es nicht, dass auch der damalige Vize- und spätere Vorsitzende der NPD Berlin, Sebastian Schmidtke, zu einer der zentralen Figuren im Umfeld des NW Berlin wurde. Zwischen 2009 und 2012 erlebt die Stadt eine dem NW zugeschriebene Serie, bei der es auch zu den Anschlägen auf den linken Szeneladen M99 sowie die Wohnprojekte Tommy-Weisbecker-Haus, Kastanie 85, Lottumstraße 10a und das Anton-Schmaus-Haus kommt. Einige der angegriffenen Gebäude waren zuvor Teil einer auf der Internetseite des »Nationalen Widerstands Berlin« veröffentlichten Liste. Nach der Schließung der Internetseite setzten die Neonazis ihre Aktivitäten unter anderem unter der Bezeichnung »Freie Kräfte Berlin-Neukölln« (FKBN) fort. Zu diesem Umfeld gehören auch die drei Hauptverdächtigen der letzten großen Serie rechter Anschläge, der frühere Chef der NPD-Neukölln, Sebastian Thom, sowie der aufgrund der Vorwürfe mittlerweile aus der AfD Neukölln ausgeschlossene Neonazi Tilo Paulenz und Julian Beyer. Diese Serie umfasst laut Landeskriminalamt Berlin zwischen Ende 2016 und Anfang 2019 insgesamt 72 Taten, darunter allein 23 Brandstiftungen. Neben den vielen Drohungen gegen in antifaschistischer und antirassistischer Arbeit engagierte Menschen in Neukölln stechen dabei vor allem der Brandanschlag in der Nacht vom 1. Februar 2018 auf das Auto des Neuköllner Lokalpolitikers Ferat Kocak (DIE LINKE), bei dem die Flammen nur durch Glück nicht auf das Wohnhaus der Familie übergriffen, sowie das in der Nacht zum 23. Februar 2017 angezündete Auto eines Neuköllner Buchhändlers hervor. Die Scheiben des Buchladens waren am 13. Dezember 2016 eingeworfen worden, nachdem dort zwei Wochen vorher eine Veranstaltung gegen Rechtspopulismus stattgefunden hatte. Lokale NPD-Politiker riefen damals zum »Besuch« der Veranstaltung auf.

Erfolglose Ermittlungsarbeit

Trotz vieler Hinweise auf die Täter – so konnte Paulenz, Thom und Beyer eine intensive und systematische Ausforschung politischer Gegner*innen durch strukturiertes Sammeln einer großen Menge personenbezogener Daten nachgewiesen werden – kommt die eigens zur Aufklärung der Anschlagserie eingerichtete Sonderkommission »BAO Fokus« in ihrem am 28. September 2020 veröffentlichten Abschlussbericht zu dem Ergebnis, das Trio sei zwar mit einer »hohen Wahrscheinlichkeit« für die Tat verantwortlich, doch könne ihm dies mangels aufgefundener Beweise nach wie vor nicht nachgewiesen werden. Neben der nach über drei Jahren Ermittlungsarbeit immer noch nicht geklärten Frage nach den Täter*innen ist es weiterhin fraglich, ob nicht weitere Taten, die zu späteren Zeitpunkten begangen wurden, zu dieser Serie gezählt werden sollten oder zumindest Personen aus Neuköllner Neonazi-Strukturen zugerechnet werden müssen. Die Polizei sieht diesen Zusammenhang bisher offenbar nicht, obwohl die Schmierereien mit Hakenkreuzen und SS-Runen auch im Jahr 2020 weitergehen und es fortlaufend ungeklärte Brände an Fahrzeugen, aber auch in Restaurants gibt, wie am 4. Juli 2020 im »Al Andalos« in der Neuköllner Sonnenallee oder dem »Morgen wird Besser« einen Monat später in Lichtenberg. Anhaltspunkte zu weiteren Ermittlungen in der Berliner Neonaziszene gibt es durchaus. So ist der Kreis der mit militanten Aktionen in Erscheinung tretenden Neonazis trotz der hohen Zahl begangener Taten durchaus überschaubar. Den »Freien Kräften Berlin-Neukölln« gehört laut Auskunft des Berliner Senats maximal eine niedrige zweistellige Anzahl von Personen an. Recherche von Antifaschist*innen dokumentierte zuletzt immer wieder eine Gruppe Lichtenberger und Neuköllner Neonazis. Diese traten im Jahr 2018 im Rahmen der NPD-Kampagne »Schutzzone Berlin« in Erscheinung. Einige von ihnen sollen auch an zwei Angriffen am 28. September und am 5. Oktober 2018 in Neukölln beteiligt gewesen sein.

Bis heute unaufgeklärt

Bis heute unaufgeklärt ist der Mord an Burak Bektaş, bei dem es Anhaltspunkte zu einer Täterschaft aus der rechten Szene gibt. Und auch beim Mord an Luke Holland im September 2015 gibt es, trotz Verurteilung eines Täters, weiteren Aufklärungsbedarf über die Kontakte in rechte Strukturen. Das letzte Todesopfer rechter Gewalt ist der am 20. September 2016 verstorbene Eugeniu Botnari. Dieser wurde zuvor am 17. September vom Geschäftsführer eines Supermarkts in Berlin-Lichtenberg durch Schläge mit Quarzhandschuhen schwer verletzt. Der Täter versandte im Anschluss ein Handyvideo der Tat, gespickt mit rassistischen Bemerkungen. Auch das ist Berlin.

Auto-Attacke in Schleswig-Holstein

Henstedt-Ulzburg. Am 17. Oktober 2020 kam es im Anschluss an eine Veranstaltung der »Alternative für Deutschland« (AfD) zu einer Auto-Attacke auf antifaschistische Gegendemonstrant*innen. Nach der Diskussionsveranstaltung im »Bürgerhaus« im schleswig-holsteinischen Henstedt-Ulzburg (Kreis Segeberg), auf der Jörg Meuthen, Bundesvorsitzender der Partei, über die »wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise« sprach, fuhren zwei Anhänger der Partei mit einem Pick-Up in eine Gruppe Gegendemonstrant*innen. Bei dem Angriff wurden insgesamt fünf Personen verletzt, eine davon schwer. Die zuständige Polizeidirektion Bad Segeberg versuchte in einer ersten Stellungnahme den Vorfall herunterzuspielen und sprach davon, dass im Rahmen eines Verkehrsunfalls eine Person der linken Szene schwer verletzt worden sei.

»Der III. Weg« in Berlin

Berlin. Am 3. Oktober 2020 hat die neonazistische Kleinstpartei »Der III. Weg« zu einem Aufmarsch unter dem Motto »Ein Volk will Zukunft! Heimat bewahren! Überfremdung stoppen! Kapitalismus zerschlagen!« in Berlin-Lichtenberg aufgerufen. Insgesamt 300 Neonazis versammelten sich am Auftaktort. Die Teilnehmer*innen – darunter die »Bruderschaft Deutschland« – reisten aus verschiedenen Bundesländern und dem europäischen Ausland an; ein Vertreter des schwedischen »Nordic Resistance Movement« trat als Redner auf. Da die Aufmarschroute von hunderten Gegendemonstrant*innen blockiert wurde, mussten die Neonazis nach nur 500 Metern eine Zwangspause von einer Stunde einlegen. Sie nutzten die erzwungene Pause für eine Zwischenkundgebung. Anschließend räumte die Polizei eine Blockade in einer Seitenstraße, »Der III. Weg« konnte dann auf einer stark gekürzten Ausweichroute zurück zum Bahnhof Wartenberg gehen. Auf der Abschlusskundgebung trat Rechtsanwalt Wolfram Nahrath – er hatte in der Vergangenheit unter anderem die Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck vertreten – als Redner auf.

Waffen

Aktuell zählen deutsche Sicherheitsbehörden über 1.100 Personen der extremen Rechten, die einen legalen Zugang zu Waffen haben, dazu kommen über 600 Personen aus dem Kreis der »Reichsbürger«, die ebenfalls über Erlaubnis für den Waffenbesitz verfügen.

Waffen I

Wiesbaden. Am 16. September 2020 hat die Polizei in Hessen insgesamt sechs Wohnungen von Personen aus der rechten Szene durchsucht. Neben Waffen und Nazi-Devotionalien wurden auch Datenträgern und Betäubungsmittel sichergestellt. Laut Eigenangaben hat die Mitte 2019 gebildete »Besondere Aufbauorganisation Hessen R« über 220 Einsatzmaßnahmen und 110 Durchsuchungen durchgeführt sowie 106 Haftbefehle vollstreckt.

Waffen II

Ulm. Am 15. Oktober 2020 wurden insgesamt 17 Wohnungen in mehreren süddeutschen Städten und Gemeinden durchsucht. Anlass waren Ermittlungsverfahren gegen insgesamt 19 Beschuldigte unter anderem wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz.
Die Beschuldigten sollen sich in Wehrmachtsuniform und bewaffnet im Wald getroffen und Kriegsszenarien nachgestellt haben. Bei den Razzien in München, Augsburg, Biberach, Esslingen, Günzburg, Kempten, Sigmaringen, Tübingen sowie im Ostallgäu, Ostalbkreis und Rems-Murr-Kreis waren 400 Polizist*innen beteiligt. Sie beschlagnahmten Computer, Waffen, Munition, Uniformteile, Fahrzeuge und verfassungsfeindliche Symbole. Bei den Waffen wird untersucht, ob sie echt sind oder ob es sich um sogenannte Anscheinswaffen handelt.

Waffen III

Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern). Am 1. Oktober 2020 hat die Polizei mit 160 Beamt*innen mehrere Objekte östlich von Neubrandenburg durchsucht. Hintergrund war der Verdacht einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat des Vorstoßes gegen das Waffengesetz. Die beiden Verdächtigen, ein 52-Jähriger und ein 44-Jähriger, sind wieder auf freiem Fuß. In der Vergangenheit hatte in der Region ein Garagenkomplex in Löcknitz nahe der Grenze zu Polen als Treffpunkt für extrem Rechte und »Reichsbürger« gedient. Etwa vier Wochen später, am 27. Oktober wurden im Raum Löcknitz erneut Durchsuchungen durchgeführt. Die Staatsanwaltschaft Rostock hatte Ermittlungsverfahren gegen 24 Personen aus dem Landkreis Vorpommern-Greifswald wegen des Verstoßes gegen das Waffengesetz eingeleitet. 300 Polizist*innen durchsuchten insgesamt 40 Objekte in der Region.

»Goldene Morgenröte« ist eine kriminelle Vereinigung

Athen. Am 7. Oktober 2020 wurde nach einem über fünf Jahren dauernden Prozess gegen die Führung der neonazistischen »Goldenen Morgenröte« das Urteil gesprochen. Die in den 1980er Jahren gegründete Partei hatte in der Wirtschaftskrise ab dem Jahr 2010 an Einfluss gewonnen und wurde bei der Parlamentswahl 2015 drittstärkste Kraft. Seit der Wahl im Juli 2019 ist sie nicht mehr im Parlament vertreten. Die 68 Angeklagten hatten sich in vier Anklagepunkten zu verantworten: dem Mord an dem antifaschistischen Rapper Pavlos Fyssas im September 2013, dem versuchten Mord an kommunistischen Gewerkschafter*innen und dem Gewerkschaftsvorsitzenden Sotiris Poulikogiannis im selben Monat, dem versuchten Mord am ägyptischen Fischer Abouzid Embarak im Juni 2012 und zuletzt im übergeordneten Anklagepunkt: der Führung und Bildung einer kriminellen Vereinigung. Unter den Verurteilten ist auch der Gründer und Anführer der Partei, Nikolaos Michaloliakos. Er wurde zu 13 Jahren Haft verurteilt. Der ebenfalls zu einer Haftstrafe verurteilte Vizechef Christos Pappas konnte sich der Festnahme durch Flucht entziehen. In Athen hatten sich Tausende Menschen vor einem Gerichtsgebäude versammelt, um auf die Urteilsverkündung zu warten.

Horst Mahler aus Haft entlassen

Brandenburg an der Havel. Am 26. Oktober 2020 wurde Horst Mahler aus der Haft entlassen. Der 84-jährige Neonazi, Holocaustleugner und Mitbegründer der RAF hatte dort seit 2009 eine zehnjährige Freiheitsstrafe wegen Volksverhetzung und Leugnung des Holocausts angetreten. Aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes erhielt er im Sommer 2015 Haftverschonung. Ende 2016 hatte das Oberlandesgericht Brandenburg die Aussetzung der Reststrafe zur Bewährung aufgehoben. 2017 wollte Mahler in Ungarn Asyl beantragen, wurde aber nach Deutschland zurückgeführt und kam erneut in Haft. Das Landgericht Potsdam hat mitgeteilt, dass die für Internetkriminalität zuständige Abteilung der Staatsanwaltschaft Cottbus bereits erneut Anklage gegen Mahler erhoben und auch einen neuen Haftbefehl beantragt hat. Hintergrund sind laut Gericht Schriften und Veröffentlichungen, die allesamt den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen sollen.

Peter Dehoust gestorben

Coburg. Am 2. Oktober 2020 ist der extrem rechte Peter Dehoust im Alter von 84 Jahren gestorben. Der in Heidelberg geborene Dehoust hatte den 1961 verbotenen »Bund Nationaler Studenten« (BNS) mitgegründet. Parteipolitisch engagierte er sich in der »Deutschen Reichspartei« (DRP). Nach deren Auflösung in 1965 wechselte Dehoust zur NPD und trat für diese bei zahlreichen Wahlen an. Neben seiner politischen Tätigkeit war Dehoust publizistisch aktiv. Zuerst in der BNS-Zeitung »Student im Volk«, nach dem Verbot in der Nachfolgezeitschrift »Deutscher Studenten Anzeiger« (DSA). Seine Haupttätigkeit war ab 1971 die Arbeit als Chefredakteur der Zeitschrift »Nation und Europa« (NE). Der Titel »Nation und Europa« wurde 2009 vom rechten Verleger Dietmar Munier erworben, seitdem erscheint die Zeitschrift unter dem Titel »Zuerst!«. Dehoust war 1972 an der Gründung einer rechten Kaderschmiede, der »Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft« (DESG) beteiligt. Auch bei der »Gesellschaft für Freie Publizistik« (GfP) war Dehoust aktiv. Ab Mitte der 1980er Jahr bemühte er sich um die Bildung einer gemeinsamen rechten Wahlalternative. Die dann gegründete »Deutsche Liga für Volk und Heimat« (DLVH) konnte aber keine größeren Wahlerfolge erzielen.

»Graue Wölfe«

Paris. Am 4. November 2020 hat der französische Innenminister Gérald Darmanin die Aktivitäten der extrem rechten türkischen »Grauen Wölfe« offiziell untersagt und ihre Auflösung angeordnet. Ausschlaggebend war, dass Ende Oktober mehrere hundert Mitglieder in Décines-Charpieu im Osten von Lyon und weiter südlich in Vienne demonstrierten, um so die armenischen Bewohner*innen einzuschüchtern. Zudem wurde in Décines in der Nacht auf den 31. Oktober das Mahnmal zum Gedenken an den armenischen Völkermord von 1915 mit Anti-Armenischen Parolen beschmiert. Die »Grauen Wölfe« – die Selbstbezeichnung extrem rechter Türk*innen – wurden Ende der 1960er Jahre als paramilitärische Organisation im Umfeld der faschistischen türkischen Partei »Milliyetçi Hareket Partisi« (»Partei der Nationalistischen Bewegung«, MHP) gegründet. Die MHP in der Türkei hat mit der islamisch-konservativen Partei AKP des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan ein Regierungsbündnis. Auch ist das Verbot der »Grauen Wölfe« vor dem Hintergrund gestiegener Spannungen zwischen Frankreich und der Türkei zu sehen. In Deutschland ist die MHP durch drei Organisationen vertreten. Die älteste Organisation ist die »Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V.« (ADÜTF). Es gibt insgesamt mehr als 300 Vereine für die etwa 18.500 Mitglieder. Sie ist damit die größte extrem rechte Organisationen in Deutschland.

#USA

Stürmische Zeiten

von Carl Kinsky

Am 8. November 2020 stand es fest: Donald Trump hat das Rennen um die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten von Amerika verloren: Keine zweite Amtszeit für »Make America Great Again«. Joe Biden von der Democratic Party wird im Januar 2021 als Präsident ins Weiße Haus einziehen. Trump freilich erkennt das Wahlergebnis nicht an und schürt aggressiv Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Wahl.
Exakt einen Monat zuvor verhafteten Agent*innen der Bundespolizeibehörde FBI und Beamt*innen der Landespolizei insgesamt 13 Mitglieder der extrem rechten Terrorgruppe »Wolverine Watchmen« (WW) im Bundesstaat Michigan. Im Mittelpunkt stand dabei der Vorwurf der geplanten Entführung der Demokratischen Gouverneurin Gretchen Whitmer. Ziel sei es gewesen, Whitmer an einem geheimen Ort vor eine Art »Volkstribunal« zu stellen und für ihre vermeintlichen Verbrechen zu bestrafen. Dies war Teil eines breiter angelegten Plans, einen Bürgerkrieg von Rechts loszutreten. Die WW observierten ihr Wohnhaus, besprachen die Sprengung einer Brücke und trafen sich regelmäßig für paramilitärische Übungen.
Mindestens seit März war die Gruppe im Visier des FBI. Eine örtliche Polizeibehörde hatte Mitglieder gemeldet, da sie versuchten, die privaten Adressen von Polizist*innen auszuspionieren, um diese dann gezielt zu ermorden. Zu dieser Zeit verordnete Whitmer einen Lockdown in Michigan, um die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen.

Radikalisierung in Michigan

Die antistaatliche Milizbewegung in den USA nahm derartige Verordnungen in verschiedenen Bundesländern als Beweis ihrer These einer vermeintlich tyrannischen Regierung, die das »einfache Volk« durch Steuern, Bürokratie und Verordnungen gängele, und mobilisierte gegen diese. Am 30. April 2020 liefen Milizänhänger*innen während eines Protests unter anderem mit Sturmgewehren im Anschlag in das Kapitolgebäude in Lansing, Michigan, um ihrer Wut mit dieser Drohgebärde während einer Sitzung des Landesparlaments Ausdruck zu verleihen. Daran beteiligt waren auch mindestens zwei Mitglieder der WW. Die Anmelder*innen des Protests, die Trump-nahe Republikanische Organisation »Michigan United for Liberty«, hatte zuvor bereits eine Protestkampagne gestartet, die auf Grund ihrer Resonanz als Vorlage für weitere Proteste im ganzen Land diente. Dabei herrschte stets ein rauer Ton: Whitmer wurde als Nazi dargestellt, ihr wurde mit dem Tod gedroht. Auch Donald Trump selbst fokussierte immer wieder politische und persönliche Angriffe auf Whitmer, zuletzt bei einer Wahlkampfveranstaltung in Michigan im Oktober, kurz nach der Aufdeckung der Entführungspläne. Sein Auftritt war emblematisch für seine intensivierten Bemühungen, einen rechten Mob im Milieu der Milizanhänger*innen zu mobilisieren und politische Gegner*innen zu verunglimpfen.

Die Reaktion am Ruder

In vier Jahren Amtszeit hat die Trump-Regierung mit Hilfe republikanischer Kongressabgeordneter nach bestem Bemühen ein von Nativismus und christlichem Fundamentalismus geprägtes nationalistisches Programm umgesetzt. Nativismus beschreibt hier eine Ausprägung des US-amerikanischen Nationalismus, welche sich im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert herausbildete. Die Kernelemente dieser Ideologie sind eine Ablehnung von weiterer Einwanderung, insbesondere aus »nichtweiß« definierten Ländern, die Assimilation der bereits Eingewanderten an eine angelsächsisch geprägte »Leitkultur« sowie eine isolationistische Außen- und Wirtschaftspolitik. Implizit ist dabei stets die Vorstellung einer weißen, protestantischen Vorherrschaft. In diesem Sinne hat die Trump-Regierung stets einen Fokus auf eine restriktive Einwanderungspolitik gelegt und sich dabei vom rassistischen Einwanderungsgesetz von 1924 inspirieren lassen.

Back to the '20s?

Das Gesetz zur »Nationalen Herkunft« sah die Einführung eines Quotensystems vor, die legale Einwanderungsmöglichkeiten insgesamt reduzierte, aus Ost-Asien sogar verbot und Nord-, Mittel- und Westeuropäer*innen bevorzugte. Ziel war es dabei, die Einwanderung nach vermeintlich wissenschaftlichen rassistischen Kategorien zu steuern, Statistiken für die Quoten wurden von Eugenikern wie Madison Grant bereitgestellt. Grant war auch federführend an der Einführung von einigen Gesetzen gegen »Rassenmischung« im Inland beteiligt, sexuelle Kontakte und Ehen außerhalb der eigenen »Rasse« wurden unter Strafe gestellt, um die »Reinheit« und Vorherrschaft der »Weißen Rasse« zu bewahren. Erst im Zuge der Bürgerrechtsreformen Mitte der 1960er Jahre wurden derartige rassistische Gesetze aufgehoben und ein neues, familienbasiertes Einwanderungsgesetz eingeführt. Die Abkehr von explizit rassistischer Staatspolitik gilt für die extreme Rechte als Todesstoß für die »Weiße Vorherrschaft«, insbesondere da seit Einführung deutlich mehr als »nichtweiß« definierte Menschen einwandern.
Mit der Präsidentschaft Trumps ist diese zuvor politisch marginalisierte menschenverachtende Ansicht zur Mehrheitsmeinung der Republican Party und ihnen nahestehender Medien avanciert. Jeff Sessions, Trumps Justizminister von 2017 bis 2018, und Stephen Miller, der weiterhin als politischer Berater für die Regierung tätig ist, gelten



Gretchen Whitmer ist Gouverneurin von Michigan.

neben Trumps ehemaligem Wahlkampfleiter Steve Bannon als führende Köpfe hinter Trumps Einwanderungspolitik. In einem Interview zwischen Bannon und Sessions hat sich letzterer positiv auf das Einwanderungsgesetz von 1924 als Mittel berufen, um Einwanderung zu reduzieren. Miller hat in seinem Mailverkehr den rassistischen Roman »Das Heerlager der Heiligen« von Jean Raspail angepriesen. Diesen Gedankengängen folgend, verhängte die Regierung ein Einreiseverbot für mehrheitlich von Muslim*innen bewohnte Länder, die Bearbeitungsprozesse von Einreisegesuchen wurden verlangsamt, um Einwanderung insgesamt zu reduzieren. Die Zahl der jährlich über UNO-Programme aufgenommenen Flüchtlinge wurde drastisch reduziert. Um Einwanderung und Asylgesuche aus Mittelamerika zu unterbinden, wurden mindestens 5.500 Kinder von ihren Eltern getrennt inhaftiert, einerseits als Abschreckungsmittel, andererseits um sie als Druckmittel für die Abschiebung ihrer Eltern zu nutzen. An der Grenze zu Mexiko werden Einwanderungs- und Asylgesuche durch tägliche Quoten begrenzt. Die Regierung möchte Mexiko zu einem »sicheren Herkunftsland« deklarieren und Asylgesuche in Zukunft nur außerhalb des Landes zulassen, was einer Abschaffung des Asylrechts gleichkäme. Im Inland hat Trump zuletzt Diversitäts- und kritische Bildungskonzepte gegen Rassismus für alle Institutionen, die Gelder der Bundesregierung erhalten, per Dekret verboten, um diese seiner Ansicht nach »antiamerikanische Propaganda« zu unterbinden.

One nation under God

Trumps Wahlsieg 2016 basierte neben der Mobilisierung des Nativismus auch auf der Hofierung der christlichen und evangelikalen Rechten als verlässliche Wähler*innenbasis der republikanischen Partei. Diese ist in entscheidenden Posten der Bundesregierung vertreten, ob nun Vizepräsident Mike Pence, Außenminister Mike Pompeo oder Bildungsministerin Bettsy DeVos (s. drr Nr. 183). Für die christliche Rechte sind die Abschaffung des Abtreibungsrechts, die Aberkennung der Bürgerrechte von Nichtheterosexuellen, die Bekämpfung des Feminismus und die Erziehung ihrer Kinder in privaten Schulen ohne »moralische Versuchungen« wie Sexualkunde oder Evolutionstheorie zentrale politische Anliegen. Da Trump ihre Programmatik vollumfänglich in seine Plattform übernommen hat, sehen sie gern über dessen sexuelle Übergriffe, Affären und seine absolute Unkenntnis christlicher Schriften und Lehren hinweg.
Der wichtigste und nachhaltigste Erfolg der Regierung war daher die Ernennung von drei christlich-konservativen Richter*innen, Neil Gorsuch, Brett Kavanaugh und Amy Coney Barrett, für den Obersten Gerichtshof. Hierdurch ist eine Zweidrittelmehrheit der christlich-konservativen Kräfte für Jahrzehnte garantiert. Da viele Bürgerrechte, darunter das Abtreibungsrecht und die gleichgeschlechtliche Ehe, nur auf Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs basieren, könnten diese nun wieder aufgehoben werden. Seine Regierung hat bereits die Auszahlung von Geldern an intentionale Organisationen, die Abtreibungen anbieten oder diese vermitteln, unterbunden. Der wichtigste Anbieter von medizinischen Dienstleistungen für einkommensschwache Frauen, »Planned Parenthood«, wurde aus der staatlichen Förderung gedrängt, da hier auch Abtreibungen angeboten werden. Insbesondere die Abschaffung des Abtreibungsrechts nutzte Trump, um für sich bei der christlichen Rechten vor der Wahl zu werben, beispielsweise indem er als erster Präsident persönlich beim »March for Life« vor zehntausenden Abtreibungsgegner*innen im Januar als Redner auftrat und sich als ihren größten Unterstützer anpries.

Das Ende der ältesten liberalen Demokratie?

Vor der Wahl mehrten sich Stimmen in Medien und Politik, welche die USA wahlweise vor dem Abrutschen in eine autoritäre Staatsform oder einen Bürgerkrieg sehen. Angeheizt wurde diese Stimmung insbesondere von einem ins Straucheln geratenen Präsidenten, der in Angst vor einem Wahlverlust und einer möglichen Strafverfolgung seiner Familie nach seiner Amtszeit lebt und daher die Legitimität der Wahlen und die friedliche Machtübergabe anzweifelt, um zeitgleich seine Anhänger*innen zu Gewalt anzustacheln – bisweilen mit Erfolg. Obwohl die politische Gewalt während seiner Amtszeit gestiegen ist, liegt ihre Dimension heute deutlich hinter dem Niveau zu Zeiten der Bürgerrechtsbewegung. Die Vorstellung eines drohenden Bürgerkriegs scheint unter anderem aus diesem Grund höchst unwahrscheinlich. Das Justiz- und Polizeiwesen funktioniert weitestgehend unabhängig von der Regierung, was nicht zuletzt durch Betrugsermittlungen gegen Trump selbst und durch die Verhaftung von ehemaligen Beratern wie Steve Bannon unterstrichen wird. Bannon wird Betrug vorgeworfen, gemeinsam mit drei Komplizen soll er Gelder für den Bau einer Mauer an der Grenze zu Mexiko über einen Verein beschafft und dann für einen luxuriösen Lebensstil ausgegeben haben. Trotz der polarisierten und aufgeladenen Stimmung hat sich die Wahl friedlich abgespielt und die Institutionen der liberalen Demokratie scheinen Trump zum Trotz ihre Funktionen zu erfüllen. Eine Entwarnung ist das allerdings nicht. Der Trumpismus wird weiterhin einen erheblichen Einfluss auf die Republican Party, die rechten Medien und die Gesellschaft haben.



Nah am Volk – wie hier am 29. August 2020. Die zwei »Compact«-Helfer, die mit ihrem Wägelchen durch die Corona-Leugner*innen ziehen.


Apollo

#Portrait

Jürgen Elsässer oder: Welche Farbe hat das Chamäleon?

von Volkmar Wölk

»Panta rhei« – alles fließt – wusste der antike griechische Philosoph Heraklit. Wir heutigen Normalsterblichen, die wir weniger weise sind, wissen trotzdem, dass sich alles verändert. Nichts bleibt, wie's mal war. Manche Dinge verschwinden ganz, manche mutieren langsam und graduell, andere wiederum wechseln völlig ihre Gestalt.

Die Monatszeitung ak gibt es immer noch. Einstmals hieß sie mit vollem Namen »arbeiterkampf« und war das Organ des Kommunistischen Bundes (KB); heute steht ak für »analyse + kritik«. Als der ak noch »arbeiterkampf« hieß, schrieb dort regelmäßig ein gewisser »jü./Stuttgart«. Die Konspirativität gebot das Kürzel, die Eingeweihten wussten trotzdem, dass es sich bei dem Autor um einen gewissen Jürgen Elsässer, einen Berufsschullehrer für Geschichte und Deutsch aus Stuttgart handelte. Der heutige ak käme niemals auf die Idee, diesen Autor, egal unter welchem Namen, für sich schreiben zu lassen. Nicht weil ak einen völlig anderen Kurs eingeschlagen hätte, sondern weil besagter Elsässer die Seiten gewechselt hat.

Der 1957 geborene Jürgen Elsässer stammt aus Pforzheim, geboren in einfachen Verhältnissen. Er war ein Kind der Aufstiegsgesellschaft der alten Bundesrepublik, konnte studieren. Seine politische Sozialisation erfolgte als Schüler. 1974 trat er dem »Bund Demokratischer Jugend – Ring Bündischer Jugend« bei. Es spricht einiges dafür, dass er sich im Organ dieser in der Tradition der Bündischen Jugend stehenden und durch die 68er-Bewegung nach links radikalisierten Organisation, der »Kämpfenden Jugend«, die ersten Sporen als Autor verdiente. 1976, damals Student in Freiburg, schloss er sich der dortigen KB-Gruppe an. 1989 wurde er in das »Leitende Gremium« des KB gewählt. Mit 55 Prozent und damit dem schlechtesten Ergebnis aller Kandidierenden. Manches verändert sich eben doch nicht. Streitbar und umstritten war Elsässer schon immer.

Dies galt erst recht in der Zerfallsphase des KB, deren Katalysator der Anschluss der DDR gewesen war. Die Fetzen flogen. Öffentlich wurde Elsässer aus den eigenen Reihen vorgeworfen, sich vom kambodschanischen Diktator Pol Pot nur dadurch zu unterscheiden, dass ihm dessen Machtmittel zur Durchsetzung der eigenen Ziele fehlten. War in den Jahren zuvor eine flexible Bündnispolitik ein Markenzeichen des KB gewesen, setzte Elsässer angesichts der deutschen Großmachtambitionen auf strikte Konfrontation. Im Februar 1990 sah er im ak die »kulturrevolutionäre Aufgabe« der radikalen Linken in der »Zerstörung des deutschen Staates und seiner Ersetzung durch einen Vielvölkerstaat, sowie der Auflösung des deutschen Volkes in eine multikulturelle Gesellschaft«. »Die Deutschen« seien besonders anfällig für die Propagierung expansionistischer und faschistischer Ziele.

Heute, 30 Jahre später, klingt das alles ganz anders bei Jürgen Elsässer. Der Beginn der Kundgebungswelle gegen Refugees im Jahr 2015 war der Beginn seiner neuen Karriere als Volksredner und Volkstribun. »Ich bin Deutscher, und ich werde nicht zulassen, dass unser Deutschland vor die Hunde geht«, verkündete er im Dezember 2016 zu Beginn seiner Rede bei PEGIDA in Dresden, um gleich anschließend im Duktus der extremen Rechten gegen den laufenden »Bevölkerungsaustausch« zu wettern. »Aber wir lieben unser Land so sehr«, ergänzte er in Zwickau, dass »wir« das nicht zulassen werden. »Meine Zielgruppe ist das Volk«, ergänzte an gleicher Stelle der, der einstmals die »Auflösung des deutschen Volkes« gefordert hatte. Was einstmals für ihn deutscher Imperialismus war, war inzwischen längst zum Freiheitskampf des Volkes geworden. »Wir haben die historische Route von 1989 für die Freiheitsbewegung zurückerobert«, verkündete er vor den jubelnden Massen in Leipzig nach dem Marsch um den dortigen Innenstadtring.

Diesen veränderten Jürgen Elsässer rechnet der Soziologe Wilhelm Heitmeyer in seinem Buch »Rechte Bedrohungsallianzen« zu einem Netzwerk, dessen Publikationsorgane die Ideologie des autoritären Nationalradikalismus verbreiten und dessen Handeln legitimieren«. Zentral sei dabei der Bedeutungsrahmen des »Bevölkerungsaustauschs«, mit dem die extreme Rechte bis hin zu klandestinen Netzwerken und terroristischen Zellen ihr Handeln als angebliche Notwehr begründen. Er betätige sich, so Heitmeyer, als »Ideologieaufrüster«.

Jede revolutionäre Bewegung, und als solche verstehen sich die Zuhörer*innen Elsässers, braucht ihre Intellektuellen. Deren Be-



Elsässer auf der Buchmesse in Leipzig 2018

deutung und Glaubwürdigkeit steigert sich noch, wenn es sich bei ihnen um ehemalige Gegner handelt. Natürlich trifft das besonders auf jemanden zu, der für sich stolz in Anspruch nimmt, einer der Gründungsväter der Strömung der Antideutschen gewesen zu sein, und der heute beteuert, das deutsche Volk zu lieben. Neu ist dieses Phänomen nicht. Der israelische Faschismusforscher Zeev Sternhell hat umfassend die Bedeutung ehemaliger linker Intellektueller für die Entstehung und Verbreitung der faschistischen Ideologie hingewiesen. Bei Elsässer verlief der Weg von der Negativfixierung auf das »deutsche Volk« hin zu dessen Vergötzung. Revolutionär ist er geblieben, aber seine Revolution ist zur völkischen geworden. Die Revolution ist nicht mehr das Mittel gegen den Kapitalismus, sondern gegen die Demokratie, die den »Bevölkerungsaustausch« und damit die »Abschaffung des deutschen Volkes« ermögliche.

Ein solcher Weg hat sich weder in der Vergangenheit bruchlos vollzogen, noch war dies bei Jürgen Elsässer in der Gegenwart der Fall. Der ehemalige Lehrer belehrte weiterhin. Mittels der Tageszeitung »Junge Welt«, dann mittels der Wochenzeitung »Jungle World«, nachdem sich diese von der erstgenannten abgespalten hatte, dann bei der Monatszeitschrift »konkret«, danach wiederum bei der »Jungen Welt«. Es ist müßig zu spekulieren, wo und wann sowie aus welchen Gründen sich sein politisches Weltbild grundlegend veränderte, welche ideologischen Elemente dabei erhalten blieben.

Eines aber ist klar: Der Jürgen Elsässer, der 1992 in seinem Buch »Antisemitismus – das alte Gesicht des neuen Deutschland« von der deutschen Nation als »kollektiver Halluzination« schrieb, ist schwerlich vereinbar mit jenem Jürgen Elsässer, der die September-Ausgabe seines aktuellen Publikationsortes, der Monatszeitschrift »Compact«, mit dem Zeichen der antisemitischen Verschwörungserscheinung »QAnon« schmückt. Er unterscheidet sich vom Jürgen Elsässer des Jahres 2009, der damals im ersten Band seiner »Compact«-Buchreihe schrieb: »Wer vom ‹Zionismus› nicht reden darf, muss auch vom Faschismus schweigen.« Und der an gleicher Stelle ergänzte: »Compact ist das Gegengift zur politischen Korrektheit, also zur Ideologie der Neuen Weltordnung, die in den Massenmedien und auch in der linken Presse zum unantastbaren Tabu geworden ist.« 2009 also war bei ihm die Ideologie der extremen Rechten bereits vollständig ausgeformt, auch wenn er sich damals noch immer als »Linker« bezeichnete und am 10. Januar dieses Jahres, bei der Gründung seiner kurzlebigen und wenig erfolgreichen »Volksinitiative gegen das Finanzkapital« beteuerte, zwischen seinem neuen Projekt und Nazis »jedweder Couleur« stehe »eine Feuerwand der Ablehnung«. Dass allerdings bereits damals die NPD für ein »unverkrampftes« Herangehen an Bündnisse mit ihm warb, war keineswegs ein Missverständnis, sondern angesichts der Namensgebung und seiner Wortwahl nur folgerichtig.

Überraschend kam diese Entwicklung für jene, die seinen Weg verfolgt hatten, keineswegs. »Wie der Dschihad nach Europa kam« lautete der Titel seiner Buchveröffentlichung aus dem Jahre 2005. Die französische Übersetzung erschien ein Jahr später. In einem Verlag der Neuen Rechten. Zur Werbung für den Band erfolgte zeitnah ein Interview in dem Monatsblatt »Choc du mois«, einem Debattenorgan der extremen Rechten. Die weiteren Interviewpartner in der Ausgabe waren Jean-Marie Le Pen und dessen langjähriger Kronprinz Bruno Mégret. O-Ton Elsässer in dem Gespräch: »Auf dem Balkan ist die Hauptkraft der Destabilisierung die albanische Mafia, die Drogen und Waffen von ihren Brüdern in Afghanistan und anderswo bezieht.« Daneben gab es die fast schon üblichen Verschwörungsmythen zum 11. September.

Eigentlich erstaunlich, dass Elsässers aktuelle Publikation »Compact«, die seit nunmehr zehn Jahren erscheint, angesichts dieses Vorlaufs noch immer gelegentlich als »Querfront-Projekt« beschrieben wird. Artikelüberschriften wie »Revolution der Herzen. Stürzen Querdenker die Corona-Diktatur?« (9/20), »Ein Traum, der niemals endet. Die Reichsidee nach 1945« (10/20) oder »Endkampf um Amerika. Donald Trump gegen den Tiefen Staat« (11/20) lassen zwar auf Verkaufstalent schließen, nicht jedoch darauf, dass sich Linke angesprochen fühlen könnten. Auch die wenigen linken Autoren waren schon nach den ersten Ausgaben abgesprungen. Nein, keine Querfront. Faschismus. Einfach nur schnöder Faschismus.



Neonazi Jörg Hähnel von der NPD im Mitarbeiter*innenbereich des Messestands des »Compact Magazins« in Leipzig im Gespräch mit Jürgen Elsässer.

#Netzwerk

»Meine Zielgruppe ist das Volk«

Neben der monatlichen Printausgabe haben Jürgen Elsässer und seine Mitstreiter*innen ein wahres »Compact«-Netzwerk mit unterschiedlichen Formaten aufgebaut. Dazu gehören Veranstaltungen zur Eigenwerbung, Leser*innenbindung auch im Internet und Vernetzung, die auch die Kassen der Veranstalter füllen.

von Kai Budler und Lisa Krug

Gegenstand der »Compact-Magazin GmbH« ist »die Herausgabe der Zeitschrift Compact-Magazin«, heißt es in den Papieren der GmbH. Dort erscheinen außerdem unregelmäßig Ausgaben von »Compact Spezial«, »Aktuell«, »Geschichte« und »Edition«. Für deren Bewerbung führen die Blattmacher*innen Veranstaltungen durch, die meist die Inhalte der jeweiligen Sonderausgaben thematisieren wie zum Beispiel »Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloser« im Februar 2020 in Dresden. Andere Veranstaltungen mit entsprechenden Parteifunktionär*innen besonders aus dem Netzwerk des formal aufgelösten »Flügel« haben das Milieu der »Alternative für Deutschland« (AfD) als Zielgruppe im Blick. So gelang Elsässer im März 2016 am Abend der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt noch vor den öffentlich-rechtlichen Medien ein Live-Interview mit dem damaligen AfD-Spitzenkandidaten André Poggenburg.

Das Herzstück

Eine Konstante seit Erscheinen des gedruckten Magazins ist die jährliche »Compact-Konferenz« an wechselnden Orten, die bis mindestens 2015 mit dem in Moskau gegründeten Kulturinstitut »Institut de la Démocratie et de la Coopération« in Paris durchgeführt wurde. Seit 2012 firmiert das »Aushängeschild von Compact« als »Konferenz für Souveränität« mit einem Eintrittspreis von circa 70 Euro. Besonders zu Anfang standen noch typische Verschwörungsmythen wie der Anschlag am 11. September 2001 in New York auf der Agenda der Konferenzen, deren Vorträge und Diskussionen anschließend auf DVD erworben werden konnten. Später werden die Reden auf dem YouTube-Kanal von »Compact« verbreitet, ausgewählte Beiträge werden zudem in einer der folgenden Magazinausgaben zweitverwertet. Für die Konferenz »Zukunft der Familie« 2013 konnte Chefredakteur

Elsässer Thilo Sarrazin als Redner vor etwa 600 zahlenden Gästen gewinnen. Im Vorfeld hatten die angekündigten Peter Scholl-Latour und Frauke Petry ihre Zusagen zurückgezogen, selbst Eva Herman hatte mit der Begründung abgesagt, sie wolle sich nicht »vorwerfen lassen müssen, an einem homophoben Kongress teilzunehmen«.

»Compact« und die rechten VIPs

Spätestens seit 2014 gelingt es den Organisator*innen, die neu-rechte Szene und die AfD in die Veranstaltungen einzubeziehen und damit an das Magazin zu binden. Unter dem Titel »Frieden mit Russland« referierten in Berlin neben Andreas von Bülow und Egon Bahr von der SPD sowie Willy Wimmer von der CDU auch Karl Albrecht Schachtschneider und Alexander Gauland. Im folgenden Jahr nahmen neben Schachtschneider und dem Schriftsteller Rolf Hochhuth unter anderem auch André Poggenburg von der AfD Sachsen-Anhalt, Götz Kubitschek vom »Institut für Staatspolitik« (IfS) und der Chef der »Identitären Bewegung« (IB) in Österreich, Martin Sellner, teil. Sie diskutierten nach Eigenangaben vor 1.000 zahlenden Besucher*innen über »Perspektiven für eine deutsche Freiheitsbewegung«. Sellner erhielt später die regelmäßige Kolumne »Sellners Revolution« im gedruckten Magazin. Zum Thema »Meinungsfreiheit« holte Elsässer 2016 in Berlin dann den Kopf von PEGIDA, Lutz Bachmann, mit ins Boot, der auch im folgenden Jahr bei der Konferenz »Opposition heißt Widerstand« in Leipzig als Redner auftrat. Ebenfalls auf der Bühne saßen 2016 Götz Kubitschek, Martin Sellner, Oliver Hilburger, Chef des Vereins »Zentrum Automobil« und Ex-Gitarrist der Neonazi-Band »Noie Werte« sowie Björn Höcke, Initiator des völkischen »Flügels« und AfD-Landesvorsitzender in Thüringen. In einer Nachbetrachtung wurden sie als »die wichtigsten Vertreter der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition« bezeichnet. Der erstmals bei der Konferenz des neu-rechten Netzwerks »Ein Prozent« gestiftete Preis »Held des Alltags« ging an Sellner und den damaligen Chef der Berliner und Brandenburger IB, Robert Timm. In den folgenden zwei Jahren erhielten den Preis der ehemalige Anführer der rassistischen »English Defence League«, Tommy Robinson, und Gernot Tegetmeyer von PEGIDA Nürnberg sowie der extrem rechte Hip-Hopper Christoph Zloch alias Chris Ares. Die vorerst letzten »Konferenzen für Souveränität« fanden 2018 in Garmisch-Partenkirchen (»Grenzschutz«) und 2019 in Magdeburg (»Ökodiktatur«) statt.

Wirtschaftsfaktor

Mit ihren Veranstaltungen kommen Elsässer und »Compact« ihrem Ziel näher, bei der weiteren Vernetzung und Zusammenarbeit der rechten Szene eine zentrale Rolle einzunehmen. Ein solcher Austausch ist auch in den Print-Ausgaben des Magazins zu beobachten. So bestehen Sonderausgaben wie »Compact Geschichte« bis zu einem Drittel aus Material des Verlags »Druffel & Vowinckel«, der sich unter dem Dach der Verlagsgesellschaft Berg, einem der größten extrem rechten Verlage bundesweit, befindet. Geschäftsführer ist der ehemalige Vorsitzende der »Gesellschaft für freie Publizistik«, Gert Sudholt, der wegen Volksverhetzung vorbestraft ist.
Mit zu Kongressen eingeladenen Referent*innen kann das Magazin neue Autor*innen und Interview-Partner*innen gewinnen. Ein reger Austausch besteht etwa mit Autor*innen aus der rassistischen Gruppierung »Nova Europa Society« mit Sitz in Mannheim. Sie strebt einen neuen »Ethnostaat« mit ausschließlich weißen Bewohner*innen an und hat dazu im Juli 2019 im Raum Karlsruhe einen ersten Kongress durchgeführt. Den Besucher*innen der Compact-Veranstaltungen wiederum wird ein Gefühl der Exklusivität vermittelt, das zu einer starken Bindung führt. Und nicht zuletzt generieren überteuerten Eintrittskarten und der Verkauf von Heften und dem üblichen Merchandising vor Ort eine nicht unerhebliche Menge an Umsatz. Ein Teil des insgesamt erwirtschafteten Geldes dürfte wohl für die Begleichung der Kosten für die verschiedenen »Compact«-Projekte genutzt werden. Unklar ist, ob dazu auch die Kosten für den Redaktionssitz gehören. In diesem Fall würde das Geld vor allem Jürgen Elsässer als alleinigem Geschäftsführer der »Compact-Magazin GmbH« zugutekommen, denn der Sitz der »Compact«-Redaktion im brandenburgischen Waldheim bei Falkensee ist zugleich Elsässers Wohnsitz.

»Compact« für zu Hause

Diejenigen, denen der Eintritt der Konferenzen zu teuer oder das Lesen zu anstrengend ist, können sich im YouTube-Kanal »Compact TV« mit aktuellen Inhalten und Debatten aus Sicht der »alternativen Journalisten« berieseln lassen. Seit August 2011 stellt »Compact TV« regelmäßig Videos online. Die Aufmachung ist über die Jahre aufwendiger geworden. Bewegte Grafiken in den Einspielern, professionell geschnittene Videoberichte, eine Moderatorin und geführte Interviews mimen ein seriöses Nachrichtenportal. Mit diesem Konzept werden mittlerweile 143.000 Abonnent*innen online erreicht, das ist ein Vielfaches mehr als bei anderen Kanäle im rechten Milieu. So bringen es vergleichsweise die IB-Plattform »einprozentfilm« gerade einmal auf 11.800 oder der NPD-Kanal »DS-TV« auf 7.830 Abonnent*innen. Neben den Berichten über diverse tagesaktuelle Themen aus dem politischen Deutschland gibt es bei »Compact-TV« auch immer wieder Interview- oder Gesprächsrunden. Der Live-Stream, in dem sich »Flügel«-Obmann Jens Meier mit Martin Müller-Merten und Elsässer im Sessel sitzend zur vermeintlichen Selbstauflösung des AfD-»Flügels« auslassen, wurde über 45.900 Mal aufgerufen. Das Interview mit Xavier Naidoo im Juli dieses Jahres brachte fast doppelt so viele Aufrufe – Klickzahlen, die längst zur Normalität geworden sind.
Einen besonderen Clou ließ sich »Compact TV« zu den kürzlichen USA-Wahlen einfallen. In dem knapp zwölfstündigen Livestream gaben die Protagonist*innen ihre geistigen Ergüsse zu den aktuellen Zahlen und Spekulationen rund um Donald Trump und seinen Herausforderer Joe Biden preis. Um noch mehr Zuschauer*innen zu erreichen, sendeten sie parallel auf vier Kanälen. Neben »Compact TV« mit Jürgen Elsässer sendeten der »Digitale Chronist« Thomas Grabinger und Elijah Tee den Stream auf ihren eigenen Kanälen. Stefan Bauer plauderte auf seinem erst kurz vorher wieder freigegebenen Kanal unter anderem mit dem selbsternannten Wahlexperten Bernhard Boneberg, dessen Expertise darin besteht, nach eigenen Angaben seit 1984 die Wahlen in den USA live zu verfolgen – vor dem heimischen Fernseher. Im »Compact«-Kanal wurde der Livestream insgesamt 126.588 Mal aufgerufen.
Nicht zu leugnen ist, dass die YouTube-Community und das Netzwerk hinter »Compact TV« groß ist. Dennoch ist auch die Sorge einer Abschaltung groß. Elsässer arbeitet klar heraus, wie entscheidend er die Wahl Donald Trumps im Hinblick auf das Weiterbestehen des Compact-Kanals sieht. »Ich sehe die Zukunft, was ›Compact TV‹ auf YouTube angeht düster«, so Elsässer in dem USA-Livestream. Um einem Ende vorzubeugen, habe man während eines sogenannten »Patriotentreffs« eine Woche zuvor in Schmalkalden bereits Gespräche geführt, um mit anderen Gleichgesinnten gemeinsame Projekte zu starten. Ähnlich wie es bereits zum USA-Livestream praktiziert wurde, wolle man zukünftig stärker auf mehreren, alternativen Kanälen präsent sein. Das soll einem »Totalausfall« von »Compact TV« vorbeugen, so dass dieser trotz Sperrung einzelner Kanäle weiterhin online bleiben kann.

Elsässer bedient seine Zielgruppen durch Covertitel:

Ostdeutsche / Pegida: **»Der Osten leuchtet«, »Der Osten steht auf«**
Putin-Fans: **»Stoppt Putin die Nato?«**
Rechtslibertäre Finanzapokalyptiker: **»Angriff auf deutsche Sparer«**
EU-Gegner*innen: **»Raus aus der EU!«**
Verschwörungsideolog*innen: **»Migrationspakt. Verschwörung der globalen Eliten«**
Esoteriker*innen: **»Der Impf-Diktator«**
Antisemit*innen: **»Die Israel-Lobby greift an«, »Genozid in Gaza«**
Reichsbürger*innen und Souveränist*innen: **»Ami go home!«**
Geschichtsrevisionist*innen: **»Verbrechen an Deutschen«**
Selbsternannte Lebensschützer*innen: **»Grüne Kinderschänder«**
Homophobe Katholik*innen: **»Schulfach Schwul«**
Neue Rechte: **»Hoffnung für Europa. Neue Rechte im Aufwind«**
Die Auto- und Kohlelobby: **»Kein Volk, kein Recht, kein Diesel«**
Und alte weiße Männer mit Hang zu Zoten: **»Jung, wild, patriotisch«**

#Magazin

Fast Food für ein rebellisches Volk

von Felix Schilk

»Die Versuchung«, so hatte Jürgen Elsässer das Editorial der ersten Ausgabe des Magazins »Compact« im Dezember 2010 überschrieben. »Das könnte das Motto dieser Zeitschrift sein. Sie will ihre Leser in Versuchung führen und weiß, dass viele gerade in diesem Land darauf warten.« Am Horizont sah er den baldigen Sturz des Systems und einen neuen Propheten. »Die Macht der Tugendwächter wankt. Mit Sarrazin haben wir die süßeste Versuchung für die alternde BRD ins Zentrum dieses Heftes gestellt. Was von den Hohepriestern der veröffentlichten Meinung verboten wird, macht offensichtlich viele scharf.«

Obwohl die Rede von vermeintlichen »Tugendwächtern« und der Sprung auf den gerade Fahrt aufnehmenden Sarrazin-Zug bereits erahnen ließen, wohin die Reise gehen würde, positionierte sich »Compact« damals noch als »Querfront-Debatten-Magazin«, träumte von einem Bündnis von »Lafontaine bis Gauweiler« und versuchte durch eine Vielzahl von Themensetzungen an unterschiedliche politische Milieus Anschluss zu finden. Neben dem Rechtslibertären André F. Lichtschlag, den Verschwörungsideologen und Finanzapokalyptikern Oliver Janich und Walter K. Eichelburg und dem katholischen Lebensschützer Martin Lohmann fanden sich unter anderem Texte des renommierten Sozialhistorikers Hans-Ulrich Wehler und des public intellectual Roger Willemsen in der Erstausgabe.

»Der Linke muss anfangen, mit dem Rechten zu diskutieren. (...) Die Tabus müssen fallen«, schrieb Elsässer weiter und wollte als Chefredakteur nicht verhehlen, dass sein Herz »immer noch links schlägt«. Neben ihm waren der Verleger Kai Homilius und der deutsche Islamkonvertit und Herausgeber der »Islamischen Zeitung«, Andreas »Abu Bakr« Rieger, federführend beteiligt. Bei der Vorstellung der Nullnummer saß Dieter Stein, Chefredakteur der neu-rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit«, auf dem Podium. Bereits in einer zwei Jahre zuvor erschienenen Ankündigung einer Buchreihe gleichen Namens im Kai-Homilius-Verlag waren die rechten Fahnenwörter allerdings noch deutlicher zu vernehmen: »Compact ist das Gegengift zur politischen Korrektheit, also zur Ideologie der Neuen Weltordnung, die in den Massenmedien und auch in der linken Presse zum unantastbaren Tabu geworden ist.«

Die Debatte ist ausgeblieben. Die Tabus sind aber tatsächlich gefallen. Standen anfangs noch die Achtundsechziger*innen als »Avantgarde des Systems« im Zentrum billiger Pädophilie-Vorwürfe und Israel und die USA als kriegslüsterne Dämonen am publizistischen Pranger, so sind es heute ganz im Sinne des »QAnon«-Wahns die »Kinderschändernetzwerke« der Eliten, satanistische Hollywoodstars und die »Gelddynastien« von »Rothschild, Rockefeller, Blackrock und Soros«. Antisemitismus soll das selbstverständlich nicht sein, denn die »Q-Anhänger*innen unterstellen keinen jüdischen, sondern einen satanistischen Hintergrund. Es geht auch nicht um eine ‹jüdische Weltverschwörung›, sondern um eine Clique, deren Klammer der Globalismus ist: Bill Gates, die Clintons, die Obamas, John Podesta, Merkel und Lady Gaga sind allesamt keine Juden.« Antisemit*innen verstehen die Umwegkommunikation, die von »Compact« mit vollem Bewusstsein betrieben wird. In einer Ausgabe von »Compact-Geschichte« heißt es unschuldig: »Ein Wissenschaftler bewertet alle Sachverhalte, die er kennt, und nicht nur die, die seine Thesen stützen. Dem Leser ist die Bewertung selbst überlassen.« Direkt daneben ist ein Bild des Vernichtungslagers Auschwitz abgedruckt.

Projekt Querfront

Ging man anfangs noch auf Tuchfühlung mit antiimperialistischen Linken – vor allem Sahra Wagenknecht – so ergreift »Compact« heute offen Partei für die »Alternative für Deutschland« (AfD), die »Identitäre Bewegung« (IB) und andere extrem rechte Organisationen. Zum festen Autorenstamm gehört der IB-Aktivist Martin Sellner und kurzfristig auch Chris Ares (s. drr Nr. 186). Die AfD schaltet Anzeigen auf der Homepage und Stellenanzeigen im Heft.

Immer wieder hat »Compact« versucht, sich zum Lautsprecher renitenter Protestbewegungen aufzuschwingen und durch diese Aktivitäten neue Leser*innen zu gewinnen. So sprach Elsässer 2014 bei den »Mahnwachen für den Frieden« und trat in den Jahren darauf bei zahlreichen PEGIDA und Anti-Asyl-Demonstrationen auf. Am 1. Mai 2017 stand er im sächsischen Zwickau auf einer Bühne der AfD, umsäumt von Plakaten mit dem Slogan »Mut zur Wahrheit!«, den Partei und Magazin seit 2013 für sich nutzen. Aktuell protegiert »Compact« die Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen und versucht unterschiedliche Milieus weltanschaulich zu vereinen, damit »die Regenbogenkinder mit den Schwarz-Weiß-Roten gemeinsam um den Freiheitsbaum [tanzen]«. Die Reden und Interviews aus dem Umfeld der »Querdenken«-Demonstrationen in Berlin wurden unter dem Titel »Tage der Freiheit« bereits in der Reihe »Compact-Edition« veröffentlicht und im Heft zum Schicksalsereignis stilisiert.

Das Netz

Im Zuge des Erfolges von PEGIDA haben sich Ton und Inhalte des Magazins radikalisiert; auch die öffentliche Wahrnehmbarkeit stieg. Dazu dürfte auch beigetragen haben, dass PEGIDA aus ihren Spendentöpfen kostenlose Abos finanziert hat. Im Zeitraum von 2015 und 2016 stiegen die Verkaufszahlen laut Eigenangabe deutlich an und erreichten mit über 40.000 verkauften Exemplaren ihren damaligen Zenit. In den letzten Mediadaten von Mai 2017, die sich nicht unabhängig überprüfen lassen, wird eine Auflage von 75.000 Exemplaren und 375.000 Leser*innen angegeben. Einige davon haben ein derart hohes Sendungsbewusstsein, dass sie immer wieder Ausgaben in Wartezimmern oder an anderen öffentlichen Orten zirkulieren lassen. Diese informellen Vertriebswege werden von »Compact« aktiv beworben und sind Teil einer relativ plumpen Marketingstrategie, welche die Leser*innen vor allem als willfährige Multiplikator*innen betrachtet: »Es empfiehlt sich, schnell zuzuschlagen und sich gleich mehrere Hefte zu besorgen, um im Freundes- und Familienkreis bekannt zu machen (…).« Zusätzlich bietet die »Compact-Magazin GmbH« eine ganze Produktpalette an Büchern, diversen Sonderheften, Vortragsveranstaltungen, Kongressen, einen Youtube-Channel sowie einen Onlineshop an.

Was als finanziell kaum rentables Printmagazin begonnen hat und durch Kai Homilius querfinanziert werden musste, hat sich heute zu einem umsatzstarken publizistischen Netzwerk entwickelt. Für die Gerüchte, »Compact« sei mit finanzieller Unterstützung aus Russland aufgebaut worden, hat eine aufwendige Recherche der Wochenzeitung »Die Zeit« aber keine Belege gefunden. Dennoch bestehen enge Kontakte zu Kreml-nahen Thinktanks wie dem »Zentrum für Kontinentale Zusammenarbeit« (ZKZ) in München und dem »Institut de la Démocratie et de la Coopération« (IDC) in Paris.

Scharniermedium

Aus einer verstärkten Kooperation mit Akteur*innen der »Neuen Rechten« ist 2015 das Kampagnen- und Spendennetzwerk »Ein Prozent« hervorgegangen, zu dessen Gründern Elsässer gehört. Auf einer gemeinsamen Diskussionsveranstaltung mit Götz Kubitschek betonte er die arbeitsteilige Strategie: »Die ‚Sezession' sorgt für die Tiefe, und wir sorgen für die Breite. Wir sind nicht nur Verleger oder Leute, die nur hinter dem Laptop sitzen und schöne Artikelchen schreiben, sondern wir sind auch ein Teil dieser Freiheitsbewegung.«

Mittlerweile ist der Verfassungsschutz auf »Compact« aufmerksam geworden und hat das Magazin im März 2020 zu einem »Verdachtsfall« erklärt. Seitdem kann das Magazin auch offiziell als »rechtsextrem« bezeichnet werden. Ende August legten Facebook und Instagram nach und löschten die Accounts der Zeitschrift aufgrund von massiven Verstößen gegen die gemeinsamen Hassstandards. Kurz darauf war auch die Website des Magazins für einige Tage nicht mehr erreichbar, was Elsässer auf DDoS-Attacken aus »interessierten Kreisen« zurückführte. Im Newsletter bat er seine Anhänger*innen deshalb um finanzielle Unterstützung und kündigte »sehr teure Gegenmaßnahmen« an.

Der Hassunternehmer

Im Gegensatz zu Medien der »Neuen Rechten« fällt auf, dass »Compact« wesentlich warenförmiger agiert und bestrebt ist, seine Inhalte als Produkt zu verkaufen. Jeder Beitrag auf der Website wird von einer penetranten Abowerbung gerahmt. Jede Ausgabe der letzten zehn Jahre wird ausschließlich gegen Bares ausgehändigt. Obwohl sich Elsässer als unbestechlicher Investigativjournalist geriert, folgt seine Themensetzung stets taktischen und konjunkturellen Erwägungen. Er ist kein überzeugter Ideologe, sondern ein geschäftstüchtiger Narzisst, der sein Handwerk beherrscht und am laufenden Band Feindbilder produziert.

Typisch ist ein andeutungsreicher und effekthaschender Stil, der das Magazin zu einer leicht konsumierbaren Kost macht. Der Einsatz von zielsicheren Metaphern, Buzzwords und ikonischen Illustrationen vermittelt Informationen und Zugehörigkeit vor allem auf einer affektiven Ebene und sorgt dafür, dass der Erregungspegel der Klient*innen nicht abflaut. Werbeanzeigen für einschlägige Bücher säumen den Weg in die rechte Parallelgesellschaft.

Dabei beweist Elsässer ein sicheres Gespür für die Ressentiments seiner Zielgruppen und bringt heterogene Submilieus schon durch Covertitel zusammen. Wie auf öffentlichen Veranstaltungen zu beobachten ist, dürfte die Leser*innenschaft überwiegend männlich sein, im mittleren Alter, eher ostdeutsch und mit einem auffällig hohen Anteil an Russlanddeutschen. Die Homepage des Magazins ist neben Deutsch auch in russischer Sprache verfügbar.

Andreas Rieger wurde das irgendwann zu viel. Aufgrund von »rassistischen und nationalistischen Positionen« und der »radikal-subjektiven Haltung von Chefredakteur Jürgen Elsässer« zog er sich im November 2014 aus dem gemeinsamen Projekt zurück. Auch innerhalb der »Neuen Rechten« fremdeln einige mit der »grotesken Politshow« des »schillernden Chamäleons« Jürgen Elsässer, so Dieter Stein. Tatsächlich ist die Entwicklung von »Compact« zur wichtigsten Publikumszeitschrift des rechten Spektrums nicht ohne den Geltungsdrang der Person Elsässer zu verstehen. Aus der lukrativen Radikalisierungsspirale, deren Versuchung er erlegen ist, gibt es keinen Weg heraus. Vielleicht bereut er in manchen Momenten diese Odyssee und denkt, wenn er mit zu viel Rotwein und seinem Spielzeugpanzer am Schreibtisch sitzt, an die Zeit zurück, als sein vereinfachendes Denken noch einer besseren Sache diente und – wie 1992 in seiner Studie zum Antisemitismus in Deutschland – zu solchen Forderungen führte: »Das Denken in den Kategorien von Volk und Nation ist zu denunzieren, seine politische Umsetzung zu sabotieren. Der Kosmopolitismus, der den Juden zum Vorwurf gemacht wurde, muss gegen die Antisemiten verteidigt und offensiv mit Utopie verknüpft werden.«



Globalisierungsdiskurse von extrem Rechts

von Sascha Schmidt

In einem viel beachteten Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom Oktober 2018 sprach der damalige Vorsitzende der »Alternative für Deutschland« (AfD) Alexander Gauland von einer Anfang der 1990er Jahre entstandenen »neuen Klasse« und »Globalisten«, die in transnationalen Konzernen, Organisationen und NGOs säßen. Dieser »urbanen Elite« stünden jene gegenüber, »für die Heimat noch immer ein Wert an sich« sei. Holger Oppenhäuser erkennt in Gaulands Artikel nicht nur die Globalisierungserzählung des Vordenkers der »Neuen Rechten«, Alain de Benoist, sondern auch ein Narrativ, das »in kaum einem nationalistischen Text zum Thema Globalisierung« fehle. Zu dieser Analyse kommt Oppenhäuser, Mitarbeiter im attac-Bundesbüro, in seiner Dissertation, die nun überarbeitet als Buch unter dem Titel »Globalisierung im Diskurs der nationalistischen Rechten – Parteien, Militante und Intellektuelle im Kampf gegen die ‹One World›«, vorliegt. Der Autor analysiert den Globalisierungsdiskurs der extremen Rechten in der BRD von Mitte der 1990er bis Mitte der 2000er Jahre. Eingang in Oppenhäusers Untersuchung fanden beispielsweise eine Rede des langjährigen NPD-Vorsitzenden Udo Voigt – nach dem Wahlerfolg der NPD in Sachsen 2004 – , Positionen aus den Parteien »Deutsche Volksunion« und »Die Republikaner« sowie Beiträge zahlreicher Szene-Periodika wie »Junge Freiheit«, »Nation & Europa« oder »Sezession«. Exemplarisch für die Positionen nationalistischer Intellektueller werden Beiträge von Karlheinz Weißmann und Alain de Benoist untersucht.

Der Autor beschreibt, wie die nationalistische Rechte die Globalisierungsdebatte von Beginn an aufgegriffen und dabei spezifische Narrative, bestehend aus klassischen Aversionen gegen alles Deterritorialisierende, migrationsbezogenen Abschottungsforderungen sowie verschwörungsideologischen und antisemitischen Deutungen von Globalisierung entwickelt hat.

Dass sich an der inhaltlichen Struktur des Diskurses bis heute wenig geändert habe, lasse sich auch an Äußerungen der AfD erkennen. Deren Aufstieg habe diesen Narrativen jedoch größere gesellschaftliche Relevanz verliehen. Während die Positionen der extremen Rechten vor zehn Jahren kaum über Szeneorgane hinausgekommen seien, könne Gauland diese nun sogar in der FAZ verbreiten.

Holger Oppenhäuser: Globalisierung im Diskurs der nationalistischen Rechten – Parteien, Militante und Intellektuelle im Kampf gegen die ‹One World›. Edition Rechtsextremismus (Hrsg. Fabian Virchow / Alexander Häusler) Wiesbaden 2020, Springer VS-Verlag, 572 Seiten, 69,99 Euro, eBook 54,99 Euro.



Neue rechte Männlichkeit

von Margarete Schlüter

Im Jahr 2017 konnten die Besucher*innen der 17. Winterakademie des »Instituts für Staatspolitik« einen Gast aus Übersee begrüßen: Jack Donovan. Dort hielt er einen Vortrag unter dem Motto »Violence is golden«. Darin glorifiziert er Gewalt als die wahre Grundlage jeder Gesellschaftsform. Herrschaft werde durch Gewalt ausgedrückt und sei aufgrund dessen das entscheidende Prinzip sowie die wesentliche Funktion von Männlichkeit. Etlichen Zuhörer*innen wird der US-Amerikaner Donovan bereits durch seine Bücher, aber auch durch die (multi-) mediale Inszenierung seiner selbst im Internet bekannt gewesen sein.

Die Denkmuster, die Donovan mittels verschiedener Medien transportiert, analysiert Simon Volpers ausgehend von rechten Männlichkeitskonstruktionen in dem Buch »Neue rechte Männlichkeit«. Laut Volpers offenbare sich bei Donovan eine übersteigerte soldatische Männlichkeit, ein dezidierter Antifeminismus und Misogynie. Hierfür ziehe er bekannte ideologische Fragmente der extremen Rechten heran. Scheinbare Abweichungen von extrem rechten Männlichkeitskonstruktionen wie die Befürwortung von Homosexualität, werden von Donovan in seine Theorie integriert. Demnach stünden männliche Homosexualität und Männlichkeit nicht im Widerspruch zueinander. Hingegen würden sich Männlichkeit und schwule Identität ausschließen, da diese als weiblich verstanden wird. Der Autor betont, dass Donovan nicht bei der Klage der Krise der Männlichkeit in der Moderne stehenbleibe, sondern entschieden einen Gegenentwurf propagiere. Donovan entwerfe eine patriarchale Welt, die durch sich ständig bekriegende Männerbanden gekennzeichnet sei. Ihm folgend sei der Mann »nicht dazu programmiert, einen ‹Weltstamm› zu bilden«. Stattdessen gehe es darum, die eigene Gruppe zu definieren und »klar [zu] bestimmen, wer dazu gehört und wer nicht. [...] Wir müssen unser Revier abstecken«. Diese Abgrenzung sei nötig, damit kriegerische Auseinandersetzungen entstehen könnten, welche Voraussetzung für die »vitale Männlichkeit« seien.

Erstmals liegt nun im deutschsprachigen Sprachraum ein wissenschaftliches Werk vor, das einen guten Einblick in das Männlichkeitsbild von Jack Donovan gibt.

Simon Volpers: Neue rechte Männlichkeit. Antifeminismus, Homosexualität und Politik des Jack Donovan. Hamburg 2020, Marta Press, 208 Seiten, 24 Euro.



Digitaler Faschismus

von Felix M. Steiner

Im Juli 2019 veröffentlichten der Konfliktforscher Maik Fielitz und der Sozialwissenschaftler Holger Marcks am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg ihre Studie »Digital Fascism. Challenges for the Open Society in Times of Social Media«. Das Papier war die Grundlage für das nun im Oktober 2020 erschienene rund 240-seitige Buch »Digitaler Faschismus«, das die Ergebnisse ihrer Untersuchung deutlich umfassender ausbreitet. Ihre theoretische Grundlage ist die Zusammenführung eines Faschismusbegriffs, der mit den Funktionsweisen der sozialen Medien abgeglichen wird, um zu verstehen, warum es »der extremen Rechten im digitalen Kontext besonders gut (gelingt), abermals erfolgreich Politik mit Erzählungen von nationalem Untergang und Erwachen zu betreiben«. Fielitz und Marcks knüpfen vor allem an die Faschismus-Definitionen von Roger Griffin und Robert Paxton an und verstehen Faschismus als »soziales Phänomen«. Als sein Hauptmerkmal sehen sie, »dass dieser seinen überbordenden Nationalismus aus der Wahrnehmung einer nationalen Bedrohung heraus begründet«. Griffin bezeichnet dies als »palingenetischen Ultranationalismus«, quasi eine Bedrohungs- und Wiedergeburtserzählung. Die Funktionsweisen der sozialen Medien befördern die Verbreitung von Geschichten, die Emotionen wecken und Identifikationen ermöglichen. So werden lokale Vorfälle, beispielsweise mit Geflüchteten, eingepasst in die Gesamterzählung der nationalen Bedrohung und ein Ausnahmezustand suggeriert, »der emotional so aufwühlend ist, dass die Zweifel in den Hintergrund gedrängt werden«. Dies wird ergänzt durch Erläuterungen zu Manipulationstechniken wie dem »Gaslighting« oder die Technik der metrischen Manipulation. Die empfohlenen Gegenstrategien fokussieren stark auf die Ebene von Politik und Tech-Unternehmen und sind wichtig für eine weiterführende Diskussion.
Fielitz und Marcks legen mit ihrem Buch »Digitaler Faschismus« im deutschsprachigen Raum die wohl bisher beste Analyse digitaler Funktionsweisen vor. Ihr Rückgriff auf einen Faschismusbegriff ist für die Analyse fruchtbar und zeigt anschaulich die strategische Ausrichtung extrem rechter Akteur*innen in den sozialen Netzwerken. Die gute Analyse lässt auch kleinere Schwachstellen, wie die ein oder andere Redundanz und eine etwas zu knappe Abhandlung des Begriffs der sozialen Bewegungen, in den Hintergrund treten.

Maik Fielitz / Holger Marcks: Digitaler Faschismus. Berlin 2020, Duden Verlag, 256 Seiten, 18 Euro.

Im Abo erhältlich
6 x im Jahr

Magazin von und für Antifaschist*innen

Twitter: @derrechterand

Facebook: derrechterand

Instagram: @der.rechte.rand

SoundCloud: derrechterand

www.der-rechte-rand.de

Photos

Mark Mühlhaus / attenzione
(Seiten 1, 4, 20, 23, 34, 37, 38, 44)
Christian Ditsch (Seiten 5, 6)
Sio Motion (Seite 11)
@derrechterand (Seite 13)
Roland Geisheimer / attenzione
(Seiten 14, 16, 24)
Privat (Seite 26)
Ferat (Seite 28)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.



zum Hören

SoundCloud

In Kooperation mit dem Radio Lohro und der Sendung Uthopia gibt es unsere Meinungsseite als kleinen Podcast.

immer aktuell

Twitter

Meldungen und Neuigkeiten. Folgt uns täglich, wenn ihr mögt.

zum Nachlesen

Facebook

Dort teilen wir Texte aus unseren Magazin, nach und nach mit der ganzen Welt.

mehr Bilder

Instagram

Ziemlich neu ist unser Account. Jetzt bebildern wir nicht nur unsere Texte im Magazin, sondern auch das Internet.

unsere Homepage

www.der-rechte-rand.de

Auf unserer Seite könnt ihr online Texte lesen, Recherche betreiben, ältere Ausgaben downloaden und natürlich ein ABO abschließen.